



Quelle: <https://durhamlightinfantry1920-46.weebly.com/north-west-europe-44-45.html>

Angehörige der Durham Light Infantry, die Kaltenkirchen im Mai 1945 besetzten (Aufnahme April 1945 bei Nienburg/Weser, zum Buch von Gerhard Braas)

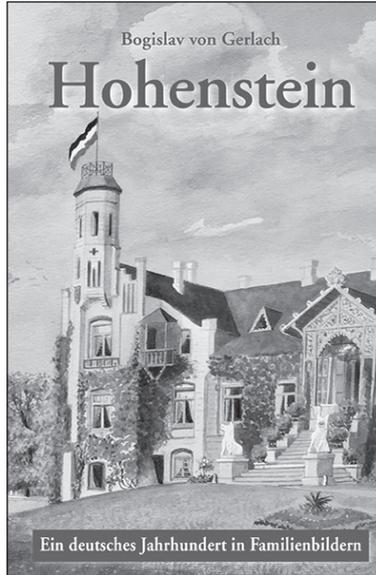
REZENSIONEN

Legenden vom „Baron Kurt“

Bogislav-Tessen von Gerlach erzählt die Geschichte des Landgutes Hohenstein, das an der Ostsee in der Nähe von Eckernförde liegt. Das Buch behandelt drei wesentliche Stränge der Familiensaga, den Hamburger Zweig, den Kölner Großvater und das Hohensteiner Elternhaus.

In einem Ritt durch die Geschichte beschreibt der Verfasser in dem reich bebilderten Buch von mehr als 300 Seiten das Agieren und die Bedeutung der Familien von Schröder und von Gerlach von der Kaiserzeit, über die Weimarer Zeit, bis hin zur Nazizeit und schließlich die Entwicklungen nach 1945. Ein Kapitel gilt dem Vater des Autors, Tessen von Gerlach. Dieser besucht in den 1990er-Jahren das ehemals im Besitz der Familie befindliche Herrenhaus Parsow in Pommern. Der Vater des Verfassers widmet sich bis zu seinem Tod der Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen.

Diese Rezension befasst sich insbesondere mit der Darstellung der Rolle von Kurt von Schröder, den Kölner Bankier, dem Großvater des Verfassers und Mitbesitzer von Hohenstein. Er war der Nationalsozialist in der Familie. Vor ein paar Jahren entdeckt der inzwischen über 70 Jahre alte Verfasser auf dem



Bogislav von Gerlach, Hohenstein.
Ein deutsches Jahrhundert in Familien-
bildern. Eichthal bei Eckernförde:
Edition Eichthal 2019. 304 S.

Dachboden Hohensteins Kisten mit unzähligen Familiendokumenten, die er sichtet, sortiert und auswertet.

„Baron Kurt“ – so sein Hohensteiner Spitzname – war seit dem Jahr 1921 Teilhaber der Kölner Bank von Stein und begann Ende der 1920er-Jahre zunächst als Mitglied der Deutschen Volkspartei, politisch aktiv zu werden. Von Schröder unterzeichnete bspw. im November 1932 die „Industrielleneingabe“ an den Reichspräsidenten

Paul von Hindenburg, in der Unternehmer, Bankiers und Landwirte die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler forderten. Recht früh unterstützte er die NSDAP, in die er zwei Tage nach der Machtergreifung eintrat. Bogislav von Gerlach erzählt die Geschehnisse in allen Einzelheiten. So hat von Schröder bspw. in seinem Haus in Köln-Lindenthal am 4. Januar 1933 ein Treffen von Adolf Hitler und Reichskanzler von Papen mitorganisiert. Heinrich Himmler und Rudolf Hess waren ebenfalls anwesend. Baron Kurt wurde nach der Machtübernahme einflussreicher und übernahm zahlreiche wichtige Führungspositionen in mehr als dreißig Unternehmen und Verbänden.

Von Schröder gehörte auch zum ‚Freundeskreis Reichführer SS‘ für Wirtschaftsfragen und verwaltete das „Sonderkonto S“ in seinem Bankhaus von Stein, auf das die Mitglieder des Freundeskreises Gelder in Millionenhöhe für Sonderaufgaben von Heinrich Himmler einzahlten. Im Jahr 1936 trat er in die SS ein. Laut seiner SS-Beurteilung vom 10. August 1937 stand er in einem besonderen Vertrauensverhältnis zum Führer und wurde häufig von Hitler zu vertraulichen Besprechungen und Missionen gerufen. Im Jahr 1942 wurde er SS-Brigadeführer. Der Verfasser des Buches erwähnt das SS-Führungszeugnis in seiner Darstellung nicht, offenbar passt es nicht in seine Sicht auf den Großvater.

Welche Hochachtung Kurt von Schröder in den Führungszirkeln der NSDAP genoss, zeigt sich auch an seiner internationalen Rolle. Hier kam ihm zugute, dass er wirtschaftliche Verbindungen vor allem nach Großbritannien und in die USA pflegte. So vertrat er viele Jahre Nazi-Deutschland in der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, und er leitete bis zum Kriegsende die Kölner Industrie- und Handelskammer. Er setzte sich zudem für die Arisierung des Bankwesens ein und drängte trickreich jüdische Führungskräfte aus ihren Positionen, bspw. den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer, Paul Silverberg.

Bogislav von Gerlach charakterisiert seinen Großvater in seinem Buch zwar als Mann mit einer „deutlich artikulierten nationalsozialistischen Einstellung“, doch vom Wesen sei er ein weltoffener, kultivierter, besonnener Humanist und eine „noble Erscheinung“ gewesen – alles Attribute, die dem Verfasser in Erinnerung geblieben sind. An manchen Stellen schildert er die Aktivitäten seines Großvaters mit einer gewissen Abscheu und kritisiert ihn manchmal vorsichtig. Letztendlich aber sitzt er dem Treiben seines Großvaters auf. Dies hat u.a. auch mit den Quellen – vor allem den vielen Briefe der Familie – zu tun, die der Verfasser benutzt. Der Autor reflektiert nicht den Forschungsstand, sondern wertet die Familiendokumente aus.

In seine Schilderung fließen die Verbrechen des Naziregimes eher beiläufig ein, während er den familiären Erschütterungen der letzten Kriegsjahre in Köln viel Platz einräumt. Man könnte ihm ahnungsloses Schreiben vorwerfen, aber es ist doch mehr, denn er relativiert die Verantwortung seines Großvaters, indem er dessen Beteiligung an den Verbrechen vage umschreibt und nach Entschuldigungen für sein Verhalten sucht.

So behauptet Bogislav von Gerlach, wie sehr Kurt von Schröder sich in Gefahr hätte begeben können, wenn er sich vom Regime distanziert hätte – was er nicht tat, denn er war ja Teil des Machtapparats. Entschuldigend vermutet Bogislav von Gerlach, sein Großvater habe versucht, „seinen menschlichen Anstand zu wahren“.

Auch ein anderes Thema gehört in die Box der verschleiern- den Beschönigung. Von Schröder habe sich für den „freien Warenaustausch“ während der Nazizeit eingesetzt. Ob es dafür Beweise gibt, bleibt offen. Aber in jedem Falle lenkt diese Passage des Buches vom deutschen Protektionismus und Chauvinismus, von der Kriegsökonomie, vom eroberten Raum, der Expansion, der wirtschaftlichen Unterwerfung großer Teile Europas und von den Überfällen und der Einverleibung anderer Länder in das ausbeuterische Wirtschaftssystem des Deutschen Reichs ab.

Unter der Überschrift „Nur ein Mitläufer“ wird der Verfasser deutlich, aber auf welche Art: Da schreibt Bogislav von Gerlach, Kurt von Schröder sei das Ausmaß der Verbrechen des Regimes möglicherweise verborgen geblieben, aber von der „Brutalität und Willkür [...] gegenüber Juden, Christen und Systemkritikern“ habe er gewusst. Auch habe er in bester Absicht gehandelt und sei von der Hitler-Regierung belogen, betrogen und auf gemeinste Weise getäuscht worden. Was für eine Umkehr der eigenen Verantwortung!

Der Buchautor lässt diese Passage unkommentiert stehen. Kurt von Schröder wäscht sich rein, und darin folgt der Autor ihm, auch wenn er ein paar kritische Fragen an das Verhalten des Großvaters formuliert. Diese sind eher rhetorischer Art, denn von Gerlach bekennt: „Allerdings deutet Kurts Verhalten darauf hin, dass er seinen schweren Irrtum und seine fehlgeleitete politische Vergangenheit durchaus bedauert“.

Worin dieses Bedauern besteht, wird jedoch nicht deutlich. Hingegen ist Kurt von Schröder sich sicher in seinem Urteil über die Deutschen: „Wir Deutsche haben leider leider sehr gesündigt“ – doch er selbst, der Spitzenfunktionär, der SS-Mann, der Himmeler- und Hitler-Kompagnon, habe damit nichts zu tun: „mein Gewissen [...] (sei) bei strengster Prüfung völlig rein“ gewesen.



Kurt Freiherr von Schröder als Angeklagter bei den Nürnberger Prozessen (1947)

Foto: US Army Photographers, Quelle u.a.: <https://forum.axishistory.com/viewtopic.php?f=45&t=9838&start=135>

Am 8. Mai 1945 dann der „Zusammenbruch“. Baron Kurt notiert die Zerstörungen Kölns und die Flucht der Menschen. Er erlebt das „Ende in Trümmern“. Geradezu unangenehm muss berühren, wie er seine Verhaftung, seine Odyssee durch die Lager der Alliierten und die Verurteilung durch die Nürnberger Prozesse erklärt. Er litt in der Phase seiner Internierung durch die Alliierten unter „fürchterlichsten Haftbedingungen“, bspw. im „unmenschlichen Lager“ Buderich. „Ich lag den Mai über im ‚Lager‘ Buderich mit ca. 30.000 Mann völlig im Freien auf blanker Erde

umgeben von Stacheldraht [...] Mit bloßen Händen oder Dosen müssen sich die Gefangenen Schutzlöcher und Höhlen in die matschige Erde graben“. Es bleibt ein schaler Nachgeschmack, wenn der Verfasser das Leiden seines Großvaters nicht in Verbindung zur Vernichtung von Millionen von Menschen durch die Nazis bewertet.

Während von Schröder in verschiedenen Lagern der Alliierten auf seinen Prozess in Nürnberg wartet, verbringt seine Frau Edith nach dem „infernalischen Ende des Dritten Reiches“ in einem kleinen Dorf im Vogelsberg ein Leben in der „Idylle der Abgeschiedenheit“, bevor sie nach Hohenstein zurückkehrt.

Doch auch im Vogelsberg kommt der Krieg an. Eines Tages erblickt sie im Jahr 1945 einen Marsch von KZ-Angehörigen: „Schreckensvolle Gestalten, zu Skeletten abgemagert in schwarzen Anzügen mit gelben mysteriösen Zeichen auf dem Rücken“. „Es sind Leute aus dem KZ“, raunt ein Werksangehöriger ihr zu. Hatte sie von den Judenverfolgungen in Köln nichts mitbekommen, hatte sie keinen Judenstern gesehen?

Wie konnte – so Edith v. Schröder – nach „Christus und Goethe“ „etwas dergleichen geschehen“, und sie hat umgehend eine Entschuldigung parat: „Ja, es muss Teufel geben, die solches vollbringen“. Der Dämon hat es also gemacht und nicht das Regime und all die Mitstreiter. So als habe sich

das Ehepaar gegenseitig ermuntert, charakterisieren die beiden das Böse schließlich im Jenseits, bei den Wahnsinnigen.

Ohne große Strafe im Nürnberger Prozess kehrt Kurt von Schröder im Jahr 1948 nach Hohenstein zurück, wo er in der „Oase himmlischer Ruhe“ im Jahr 1966 verstirbt.

Zweifelsohne ist Baron Kurt kein Wankelmütiger gewesen, der in die Umtriebe der Nazis unwissentlich hingeriet. Er ist in jeder Pore ein Täter, ein in der Hierarchie der Nazis weit oben stehender Führer und ein Antisemit. Er zögerte nicht, sondern war aktiv und karriereorientiert.

Dennoch findet von Gerlach für seines Großvaters Handeln durchgängig Entschuldigungen. Man kennt es schon von vielen anderen Nazigrößen und man mag es nicht mehr hören: Von Schröder habe doch einzelne Juden geschützt. Er sei doch selbst gar nicht verantwortlich gewesen, er habe doch immer wieder gewarnt.

Oder er sei ja zum SS-Mitglied „ehrenhalber“ ernannt worden und habe sich dagegen nicht wehren können, und er sei „zutiefst erschüttert“ „über Ausmaß und Umfang der ihm verborgen gebliebenen und nach dem Kriegsende aufgedeckten unvorstellbaren Verbrechen“ gewesen. Der Schreiber des Buches bedient alle scheinheiligen Klischees.

Von Gerlach blendet zudem viele Geschehnisse in seinem Buch aus: Man hätte gern gewusst, wie

viele Zwangsarbeiter das Gut Hohenstein beschäftigt hat. Man hätte gern Informationen über die Kriegswirtschaft der Nazis erhalten, über ihre Netzwerke, die auch nach dem Ende der Nazizeit weiter bestanden, und man hätte gern genauer erfahren, was Baron Kurt nach seiner Haftentlassung bis zu seinem Tode gemacht hat. Hat er in Köln, Hamburg und Hohenstein privatisiert – wie sein Enkel von Gerlach nahelegt?

Bogislav von Gerlach tut sich mit seinem Buch über die Hohensteiner Familiengeschichte keinen Gefallen, im Gegenteil. Er beschädigt das Ansehen seiner Familie, weil er nicht eindeutig benennt und verurteilt, weil er die Verantwortung seines Großvaters relativiert und revidiert. Zu groß ist offenbar seine Hochachtung vor dem patriarchalischen Familienchef und zu gefangen ist er in der Familiengeschichte.

So steht am Ende die Frage, wie konnte das Buch in der vorliegenden Form, 75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz, überhaupt veröffentlicht werden. Wie war es möglich, dass der Verleger ein angemessenes Vorwort zu dem Buch schreibt, aber Bogislav von Gerlachs offenkundige Revision der Geschichte durchgehen lässt. Von einem Verleger wie Jens Uwe Jess hätte man erwarten können, dass er die Halbwahrheiten, die Schutzbehauptungen und Ausflüchte nicht so stehen lassen würde.

Vollkommen irritiert jedoch der Schlusssatz des Herausgebers: „Wir erleben heute weltweit einen wachsenden Nationalismus, in vielem vergleichbar mit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Dieses Buch ist – auch – eine Warnung vor den Folgen. Den einzig möglichen Weg in eine bessere Zukunft zeigt uns Tes-

sen von Gerlach“.

Genau das trifft in keiner Weise zu, nein – im Gegenteil. Der bessere Weg in die Zukunft kann nur dann gelingen, wenn wir uns der Verantwortung für die Geschehnisse der 1930er- bis 1945er-Jahre bewusst sind und sie nicht verschleiern.

Robert Kappel

7.200 wiedergefundene Leben

Die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern und das Institut für Zeitgeschichte (München/Berlin) haben gemeinsam ein Gedenkbuch zur Geschichte der Juden in Mecklenburg vorgelegt. Die zweibändige Ausgabe mit fast 1.500 Seiten gliedert sich in zwei Teile: Band 1 ist ein Textband, in dem die Geschichte der Juden in Mecklenburg und insbesondere ihre Entrechtung, Verfolgung und Ermordung nach 1933 dargestellt und untersucht wird. Band 2 enthält die Namen und Kurzbiografien von rund 7.200 Juden und Jüdinnen, die in den Jahren 1845 bis 1945 in Mecklenburg gelebt haben.

In ihrer Einleitung erläutern die Verfasser, Michael Buddrus und Sigrid Fritzlär, den Anspruch und den Inhalt – aber auch die Grenzen – ihrer vierjährigen Forschungsarbeit: Mecklenburg begreifen sie als ein „räumlich relativ fest

umrissenes Territorium, als einen staatlich-politischen Herrschaftsbereich, als einen von zahlreichen ökonomischen, gesellschaftlichen und sozialen Aspekten geprägten Lebensraum und als eine – im weitesten Sinne – vielfältige Kulturlandschaft“.¹

Zwischen 1815 und 1918 existierten die beiden Großherzogtümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, die in der Weimarer Republik als Freistaaten weiterbestanden und 1934 zum einheitlichen Land Mecklenburg vereinigt wurden. In den 1930er-Jahren war Mecklenburg zeitweise das viertgrößte Flächenland des Deutschen Reiches, das jedoch am dünnsten besiedelt war. Während Mecklenburg im 19. Jahrhundert noch als Agrarland galt, lebten 1942 schon 61,8 Prozent der Einwohner in den Städten.

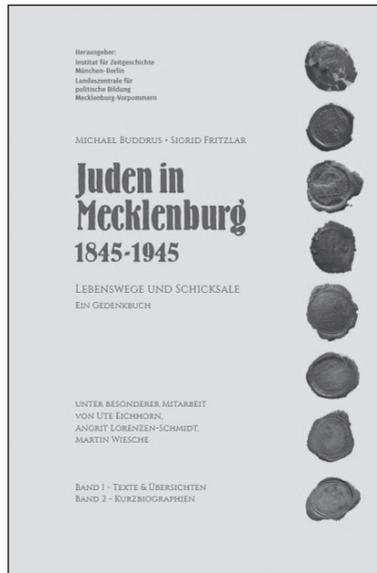
Schwierig war die Frage zu beantworten: „Wer ist Jude?“ Im tra-

1. Band 1, S. 15.

ditionellen jüdischen Verständnis gilt als Jude, „wer von einer jüdischen Mutter geboren wurde oder zum Judentum konvertiert ist“ – obwohl dieses matrilineare Prinzip seit Jahrhunderten in der jüdischen Welt immer wieder diskutiert wird.

Im Kontrast zu dem jüdischen Selbstverständnis stand die nationalsozialistische Ideologie, die in den Nürnberger Gesetzen festlegte: „Jude ist, wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt.“² Aus einem religiösen Bekenntnis wurde die Zugehörigkeit zu einer ideologisch konstruierten ‚Rasse‘, aus gläubigen Juden wurden die Angehörigen einer staatlich definierten Bevölkerungsgruppe.

Buddrus und Fritzlar mussten die Gratwanderung versuchen, sowohl die Menschen, die sich selbst zum Judentum bekannten, als auch die vom NS-Regime zu Juden deklarieren Menschen zu erfassen. Dies stellte sie – wie viele andere Forscher*innen – vor ein grundsätzliches Problem: „Die legislativen und exekutiven Praktiken der Judenpolitik des NS-Staates als Realität zur Kenntnis zu nehmen und sie als vorherrschende, das reale Alltagsleben bestimmende Tatsachen zu akzeptieren hieß notgedrungen also auch, dessen Kriterien und Maßnahmen für die Bestimmung des Jüdischsein im



Michael Buddrus / Sigrid Fritzlar, *Juden in Mecklenburg 1845–1945. Lebenswege und Schicksale. Ein Gedenkbuch*. Hg. vom Institut für Zeitgeschichte München–Berlin und der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin: Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern 2019. 2 Bände, 672 und 808 S. m. zahlr. Abb.

Dritten Reich anzuerkennen.“³ Dieser Zwiespalt ist in vielen Teilen des Textbandes zu spüren, wie unten noch erläutert werden wird.

Buddrus und Fritzlar konzentrierten sich in ihrer Untersuchung auf diejenigen Juden und Jüdinnen, die im Untersuchungszeitraum in Mecklenburg geboren wurden oder dort zeitweise lebten. Den Zeitraum von 1845 bis 1945 legten sie

2. Band 1, S. 19.

3. Band 1, S. 20.

fest, weil er mehrere Generationen umfasst und von zwei markanten Episoden begrenzt wird. Das Jahr 1845 symbolisiert die Blüte des jüdischen Lebens in Mecklenburg, in dem die meisten Juden und Jüdinnen – nämlich 4.155 – in dem Land gelebt hatten. Das Jahr 1945 kennzeichnet nach der Schoah das vorläufige Ende des jüdischen Lebens; die Befreiung vom Nationalsozialismus hatten nur ganz wenige Juden und Jüdinnen in Mecklenburg erleben können.

Zum Forschungsstand konstatieren Buddrus und Fritzlar, dass es einerseits „eine kaum mehr zu überschauende Zahl von Standardwerken und eine noch größere Menge von Spezialstudien zur Lage der Juden und zum jüdischen Leben – und Sterben – in Deutschland und Europa gibt“, dass jedoch andererseits „die Situation der mecklenburgischen Juden bzw. die der Juden in Mecklenburg nicht thematisiert wird“. Als Hauptgründe für die „an Ignoranz grenzende Nichtbeachtung der jüdischen Landesbewohner“ benennen sie die vergleichsweise geringen Zahlen der Juden und Jüdinnen in Mecklenburg, aber auch das Desinteresse der historischen Zunft.

Sie beklagen mit deutlichen Worten „die Tatsache, daß bei den meisten universitär und anderweitig besoldeten Landeshistorikern ein relativ gering entwickeltes For-

schungsinteresse an der Geschichte der NS-Zeit des Landes im Allgemeinen und der hiesigen jüdischen Landesgeschichte im Besonderen festzustellen ist“.⁴ Zu diesem Fazit waren auch Geschichtsinitiativen in Schleswig-Holstein bis in die 1980er-Jahre hinein gelangt; es hatte damals u.a. zur Gründung des AKENS geführt.

Leider gehen Buddrus und Fritzlar nicht der Frage nach, ob ihre Feststellung hauptsächlich für die Jahre der Bundesrepublik oder auch auf die Ära der DDR zutrifft. Das 30 Seiten umfassende Literaturverzeichnis führt gerade einmal zehn Schriften auf, die in der DDR entstanden sind, meist Forschungsarbeiten von Einzelpersonen aus den 1980er-Jahren. Auch in der sozialistischen Geschichtsbetrachtung schienen Juden und Jüdinnen nur eine wenig beachtete Rolle einzunehmen; wichtiger waren die ‚Kämpfer gegen den Faschismus‘ aus der Arbeiterbewegung gewesen.

Mit dieser Bemerkung sollen jedoch keineswegs die Defizite der bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung relativiert werden!

Buddrus und Fritzlar zählen übrigens bei ihrer Betrachtung des Forschungsstandes Hamburg zu den am besten erforschten Städten bzw. Ländern Deutschlands: „Gerade die Arbeiten aus und über Hamburg waren für das vorliegen-

de Gedenkbuch von großem Interesse und hohem Wert, weil viele

aus Mecklenburg stammende Juden später in Hamburg gelebt haben.“⁵

Große thematische Breite

Nach diesen Einführungen sollten eigentlich die Inhalte des Textbandes vorgestellt und besprochen werden. Es ist jedoch unmöglich, die auf 670 Seiten niedergeschriebenen Forschungsergebnisse in einer kurzen Rezension angemessen vorzustellen und zu würdigen. Deshalb möchte ich mich darauf beschränken, die einzelnen Kapitel zu benennen und die Leser*innen zu einem eigenen Studium zu animieren.

Buddrus und Fritzlar beschreiben zunächst die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland und Mecklenburg in den Jahren zwischen 1845 und 1945, wobei gerade der Blick über die Landesgrenzen hinweg hilft, die regionspezifischen Verhältnisse angemessen zu betrachten und einzuordnen. Im Anschluss daran untersuchen sie die Erwerbstätigkeit und die Berufe der jüdischen Mecklenburger*innen; ein besonderes Augenmerk richten sie auf Mediziner*innen, Jurist*innen, Student*innen und Soldaten. Es folgen Kapitel über „Mischehen“, über Kinder und Kindersterblichkeit, über jüdische Schulen und Schüler*innen, über Ostjuden sowie über das Verhält-

nis der christlichen Kirchen zu den Juden. Schließlich beschreiben sie die Organisation, Struktur und Verwaltung der jüdischen Landgemeinden und stellen die im Untersuchungszeitraum bestehenden Ortsgemeinden vor.

Einen großen Raum nimmt die Diskriminierung, Verfolgung und anschließende Vernichtung des mecklenburgischen Judentums ein. Die NSDAP verfügte in Mecklenburg bereits seit Juli 1932 über eine absolute parlamentarische Mehrheit und konnte daher eine Alleinregierung bilden. Buddrus und Fritzlar schildern die ersten antijüdischen Maßnahmen, die 1932 mit dem ‚Gesetz gegen das Schächten‘ begannen und einige Monate später zur Streichung staatlicher Mittel für die Israelitische Landgemeinde führten. Schon zur Weihnachtszeit 1932 rief die NSDAP in Mecklenburg dazu auf, nicht in jüdischen Warenhäusern zu kaufen.

Es folgten die reichsweiten Boykottaktionen von 1933 und 1935, die sogenannten ‚Nürnberger Gesetze‘, die systematische Ausplünderung der jüdischen Geschäftsleute, die ersten Deportationen vom Juni 1938 und wenig

5. Band 1, S. 13, Fußnote 16.

später die Pogrome vom November 1938. Diese Gesetze und Maßnahmen sind schon vielfach dargestellt worden. Es ist jedoch das Verdienst von Buddrus und Fritzlar, dass sie diese auf der mecklenburgischen Landesebene beschreiben und ganz konkret deren Auswirkungen in den einzelnen Orten untersuchen.

Das nachfolgende Kapitel widmet sich den Deportationen der Juden und Jüdinnen aus Mecklenburg und Deutschland. Dabei fühlen sich Buddrus und Fritzlar dem Diktum des deutsch-israelischen Historikers Joseph Walk (1914–2005) verpflichtet: „Ein Historiker des Holocaust, der nur seinen Empfindungen nachgeht, ist kein Historiker; aber ein Historiker, der das bedrückende Geschehen nicht mitempfindet, ist kein Mensch.“⁶

Buddrus und Fritzlar beschreiben zunächst die Deportation von 70 polnischen und polnischstämmigen Juden und Jüdinnen, die im Oktober 1938 von Mecklenburg nach Zbaszyn in Westpolen deportiert wurden – von ihnen starben später mindestens 44 Deportierte in den Ghettos und Konzentrationslagern. Nach den deutschen Überfällen auf viele Länder Europas folgten in den Jahren 1940

bis 1945 Deportationen nach Gurs/Frankreich, Litzmannstadt/Polen, Minsk/Weißrussland, Kaunas/Litauen, Riga/Lettland, Raasiku/Estland, Lublin/Polen, Theresienstadt/Tschechoslowakei und schließlich nach Auschwitz. Insgesamt wurden 1.261 Juden und Jüdinnen aus Mecklenburg deportiert, hiervon sind 1.164 Deportierte durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen ums Leben gekommen.

Buddrus und Fritzlar belassen es nicht bei einer Aufreihung der einzelnen Deportationen. Sie erforschten die Routen der einzelnen ‚Transporte‘, ihre Zusammensetzung sowie die Ausgangs- und Zielorte. Dabei benennen sie jeweils einzelne Deportierte, deren Namen, Alter, Berufe und Herkunftsorte. Auf diese Weise wollen sie hinter den Zahlen menschliche Schicksale sichtbar werden lassen und zu weitergehenden Forschungen vor Ort, zur Verlegung von Stolpersteinen oder zu anderen Gedenkformen anregen.

Zum Schluss jedes Kapitels erstellen sie eine Liste der aus Mecklenburg stammenden Jüdinnen und Juden, die in das jeweilige Ghetto oder Lager deportiert worden sind.

Sprachliches Dilemma

Gerade bei der Beschreibung der Deportationen wurden Buddrus

und Fritzlar mit dem oben bereits erwähnten Dilemma konfrontiert.

6. Band 1, S. 7, Fußnote 1.

Da sie die nationalsozialistischen Originalquellen benutzen, greifen sie mehrmals deren Argumentation und Terminologie auf. Sie schreiben hierzu in ihrer Einleitung: „Wir denken, daß die Leser dieser Studie – auch aufgrund unserer früheren Arbeiten – davon ausgehen können, daß uns nichts ferner liegt als eine Perpetuierung nationalsozialistischen Gedankengutes durch eine [...] inhaltliche Übernahme von damaligen Sprachregelungen.“⁷ Dennoch ist es sehr befremdlich, wenn man als Leser*in auf Begriffe wie Juden-transport, Deportationsdruck oder gar Transport- und Vernichtungskapazität stößt. Hier hätte man sich eine sensiblere sprachliche und stilistische Regelung gewünscht.

Der Textband enthält anschließend einige kurze Kapitel über Auswanderung und Emigration, Zwangsarbeit, NS-„Euthanasie“-Morde, Selbsttötungen und das Überleben im Untergrund – bevor zum Schluss explizit alle „Institutionen der Judenverfolgung und -vernichtung“ benannt werden. Hier wird deutlich, welches breite

Geflecht an Ministerien, Behörden, Parteistellen, Wirtschaftsverbänden, Berufsorganisationen, Industrie- und Handelskammern, Banken, Versicherungen usw. an der Ausgrenzung, Ausplünderung, Verfolgung und Vernichtung beteiligt waren.

Hinzu kamen, so Buddrus und Fritzlär, noch „Tausende gleichgültig-tatenlose Nachbarn, geifernd-polternde Agitatoren, gnadenlos-brutale Mitglieder von NS-Organisationen, unbewegt-mitleidlose Gaffer, neidisch-mißgünstige Denunzianten und habgierig-berechnende ‚Arisierungs‘-Profiteure. Dieser Masse an Tätern und Zuschauern standen nur wenige im Verborgenen wirkende Helfer gegenüber, die den verfolgten Juden – zumindest zeitweise – moralischen Beistand oder materielle Hilfe leisteten“.⁸

Solche Feststellungen sind zwar schon unzählige Male an anderen Stellen getroffen worden, doch es ist wichtig, dass sie in einem Standardwerk für die breite Öffentlichkeit in Mecklenburg mit aller Deutlichkeit erneut wiedergegeben werden.

Beschämung in West und Ost

Dem Textband folgt ein zweiter Band mit den Namen und Kurzbiografien von etwa 7.200 Jüdinnen und Juden, die zwischen 1845 und

1945 in Mecklenburg gelebt haben oder dort geboren wurden. Buddrus und Fritzlär nennen u.a. die Namen, Geburtsdaten, Eltern,

7. Band 1, S. 29.

8. Band 1, S. 525.

Ehepartner*innen, Herkunfts- und Wohnorte, Berufstätigkeiten sowie die Gewaltmaßnahmen, von denen NS-Opfer betroffen waren. Hierbei geht ihre Publikation weit über den Ansatz anderer Gedenkbücher hinaus, die sich meist auf eine Auflistung der deportierten und ermordeten Jüdinnen und Juden beschränken.⁹

Gleichfalls erfasst, aber nicht in den Biografien veröffentlicht, haben Buddrus und Fritzlar die Ergebnisse der nach 1949 in der alten Bundesrepublik durchgeführten Entschädigungs- bzw. ‚Wiedergutmachungs‘-Verfahren. Bei ihrer Arbeit mit diesen Akten „war gelegentlich die Beobachtung zu machen, daß die nunmehrigen Entscheider von Anträgen nicht selten identisch waren mit denjenigen Beamten, die zuvor im Dritten Reich die Enteignung und Vertreibung von Juden betrieben haben“.¹⁰

Ebenso beschämend fanden sie den Umgang der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR mit den Anträgen auf Rückgabe des geraubten Eigentums, auf die Anerkennung als „Opfer des Faschismus“ bzw. als „Verfolgte des Naziregimes“. Sie waren „Ausdruck eines ideologisierten Zeitgeistes“, die den Schicksalen der

Jüdinnen und Juden keinesfalls gerecht wurden.¹¹

Der Landesrabbiner von Mecklenburg-Vorpommern, Yuriy Kadnykov, findet in seinem Geleitwort lobende Worte für das Verzeichnis im zweiten Band; denn dort würden den verstorbenen Jüdinnen und Juden ihre Namen zurückgegeben. „Ebenso wichtig ist das Anliegen, ihre Namen mit einer Adresse in ihrem Leben zu verknüpfen. Es gibt leider auch heute noch in einigen Orten unseres Landes Menschen, die gerne auf das Andenken an die ehemaligen Bürger verzichten würden.“¹²

Yuriy Kadnykov schließt sein Geleitwort mit den Sätzen: „Ohne das Erinnern gibt es keine Zukunft; ohne die Vergangenheit vor dem geistigen Auge wird man zum Wiederholungstäter. Ich hoffe, dass diese Bände in jeder kommunalen und schulischen Bibliothek stehen werden und jetzige und zukünftige Generationen von Mecklenburgern sie dort nicht nur lesen, sondern sich selbst auf die Suche begeben und Verantwortung für die Gestaltung einer respektvollen und offenen Gesellschaft übernehmen.“¹³

Dem Wunsch des Rabbiners möchte ich mich auch für Schles-

9. Vgl. etwa Jürgen Sielemann / Paul Flamme, *Hamburger jüdische Opfer des Nationalsozialismus. Gedenkbuch*, hg. vom Staatsarchiv Hamburg. Hamburg 1995.

10. Band 2, S. 4.

11. Band 2, S. 4.

12. Band 1, Zum Geleit.

13. Band 1, Zum Geleit.

wig-Holstein, als Nachbarland von Mecklenburg, anschließen. Den moderaten Preis von 30 Euro, den die Landeszentrale für Politische

Bildung in Schwerin für das voluminöse Werk verlangt, sollten auch hiesige Bibliotheken aufbringen können. *Sieghard Bußenius*

Blick in die Mitte der Lübecker Gesellschaft

Der ausgewiesene Regionalhistoriker Julian Freche legt mit seiner Dissertation über die Milieus in Lübeck während der Weimarer Republik eine kenntnisreiche Studie über die politische und gesellschaftliche Entwicklung in der Hansestadt zwischen Kaiserreich und Diktatur vor. Dem fundierten Werk merkt man an, dass sein Autor als gelernter Archivar den Quellen eine besondere Beachtung schenkt. Dieser vierte Band der von Oliver Auge herausgegebenen Kieler Schriften zur Regionalgeschichte ist mit seinen über 400 Seiten umfangreich und inhaltsschwer.

Seit Elke Imbergers Abhandlung über den Widerstand in Lübeck¹ ist keine vergleichbar fundierte Arbeit mehr zur Geschichte Lübecks im 20. Jahrhundert erschienen.² Der Band ist bereits die siebte Veröffentlichung des im Jahre 2011 gegründeten Zen-

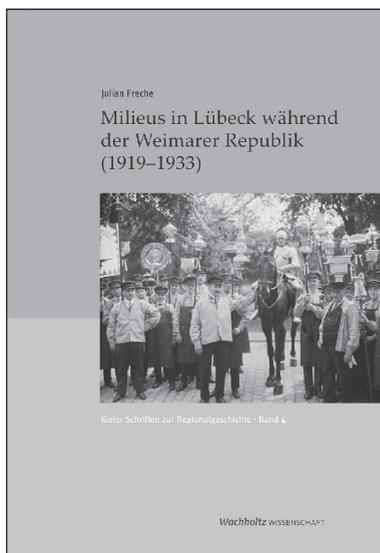
trums für Kulturwissenschaftliche Forschung Lübeck, das berufliche und wissenschaftliche Qualifizierung mit den Beständen der Lübecker Museen und des Archivs der Hansestadt Lübeck verbindet.

Thema von Freches Projekt war die Untersuchung und Darstellung der ganzen Breite sozialmoralischer Milieus in dem ehemaligen Gliedstaat des Deutschen Reiches in den 1920er- und frühen 1930er-Jahren. Er geht der Frage nach, welche gesellschaftliche Strömungen es neben dem sozialistischen Milieu der Arbeiterschaft gibt, und unternimmt gleichwohl und erfolgreich den Versuch, die Entwicklungslinien aufzuzeigen, die auch im „roten Lübeck“ zur Machtübertragung auf die Nationalsozialisten führten.

Die Untersuchung folgt methodisch streng einer theoretischen Rahmenkonzeption und leistet dadurch wesentlich mehr

1. Elke Imberger: Widerstand „von unten“. Widerstand und Dissens aus den Reihen der Arbeiterbewegung und der Zeugen Jehovas in Lübeck und Schleswig-Holstein 1933–1945. Neumünster 1991 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, 98).

2. Der Beitrag von Gerhard Meyer zur Stadtgeschichte bietet lediglich einen ersten Überblick zum Untersuchungszeitraum: Vom Ersten Weltkrieg bis 1996. Lübeck im Kräftefeld rasch wechselnder Verhältnisse. In: Antjekathrin Grassmann (Hg.), Lübeckische Geschichte. Lübeck 1997, S. 677-706.



Julian Freche, *Milieus in Lübeck während der Weimarer Republik (1919–1933)*. Kiel/Hamburg: Wachholtz Verlag 2019. 480 S. (= Kieler Schriften zur Regionalgeschichte, 4).

Erklärungsansätze für die Entwicklungslinien, als es eine bloße Ereignisgeschichte könnte. Freche orientiert sich dabei an dem aus der angewandten Sozialforschung angelehnten Milieuverständnis von M. Rainer Lepsius.³

Der Autor erläutert zu Anfang sein konzeptionelles Vorgehen und definiert die verwendeten Begrifflichkeiten und Grundlagen für seine Betrachtung genau. Diese Er-

klärung verlangt dem Leser in ihrer Ausführlichkeit einiges an Geduld ab. Es folgt dann jedoch ein gut lesbarer breiter und einordnender historischer Überblick, der bis in die Anfänge der Industrialisierung Lübecks im ausgehenden 19. Jahrhundert zurückschaut. Dann widmet sich Freche sehr differenziert und engagiert der Analyse der politischen Parteien, der Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände sowie des Vereinswesens, um die zuvor postulierten Milieus bzw. Milieucluster zu erfassen.

Eine Stärke des Buches ist es, dass er diese Entwicklung und die Handelnden sehr detailliert beschreibt und nachvollziehbar macht, wie sich diese Milieus konstituierten. Freche verweist auf die langen und reichhaltigen konservativen und liberalen Traditionen, die die Stadt geprägt haben, und zeigt auf, wie sich aus dem hanseatischen Bürgertum ein nationalistisches Milieucluster bilden konnte.⁴

In der Analyse aller Faktoren des Stadtgebildes wird ausführlich die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Entwicklung Lübecks von der Novemberrevolution über die Inflationsjahre

3. Mario Rainer Lepsius, *Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*. In: Wilhelm Abel (Hg.), *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte*. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge. Stuttgart 1966, S. 371–393.

4. Vgl. Dirk Stegmann, *Radikalisierung des Lübecker Bürgertums nach rechts. Alldeutscher Verband und Deutsche Vaterlandspartei 1912–1918*. In: *Demokratische Geschichte* 24 (Malente 2013), S. 39–62, und in größerem Zusammenhang: Rainer Hering, *Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890–1939*. Hamburg 2003 (= *Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte*, 40).

und die Weltwirtschaftskrise bis zur Machtübertragung an die Nationalsozialisten nachgezeichnet. Freche analysiert sehr gewissenhaft die Wahlergebnisse⁵ und beleuchtet sehr präzise die einzelnen politischen Lager und ihre Akteure. So genau wurde das Wirken der politisch Handelnden in der Hansestadt zuvor noch nicht dargestellt. Freche blickt dabei auch auf die paramilitärischen Organisationen und ihr Wirken.

Die Ausführungen deuten an, dass es sich lohnen würde, noch einmal genauer auf die gewalt-samen Auseinandersetzungen im Straßenkampf der frühen 1930er-Jahre zu schauen.

Der Autor betrachtet ferner eingehend die politische Arbeit der Fraktionen in der Lübecker Bürgerschaft. Hier erhält die Leser:in einen erhellenden Einblick in die Arbeit des Arbeiter-rates sowie einzelner Kommissionen.⁶ Freche hat dafür akribisch alle Protokolle der Bürgerschafts-sitzungen zwischen dem 9. November 1918 und dem 5. März 1933 durchgearbeitet.

Auch die wirtschaftlichen Interessenvertretungen werden in

die Betrachtung einbezogen, so die Kaufmannschaft, die Handelskammer sowie die Gewerbekammer. Deren 2. Syndikus, Dr. Friedrich Völtzer, wurde später erster NSDAP-Reichskommissar für Lübeck. Ferner nimmt die Betrachtung der Gewerkschaften, die in Lübeck eine herausragende Rolle spielten, der Konsumvereine und Genossenschaften großen Raum ein. Freche zeigt dabei die starke Verflechtung mit den Exponenten der Lübecker Sozialdemokratie auf. Besonderes Gewicht hatten in Lübeck die zahlreichen sozialistischen Bauvereine.

Schließlich wird auch das breit aufgestellte Vereinswesen unter die Lupe genommen. Besondere Bedeutung für die Milieubildung hatten in erster Linie die vielen Sportvereine, aber auch die „Gemeinnützige“, Kunst- und Kulturvereine, soziale Vereine und die Krieger- und Schützenvereine spielten eine Rolle.

Die Spaltung in Bürger- und Arbeitervereine wird besonders bei den Sportvereinen deutlich. Aber auch die anderen Vereine lassen sich klar bestimmten gesellschaftlichen Strömungen zu-

5. Er nimmt dabei Referenz auf Frank Omland, Schleswig-Holstein wird braun und Altona bleibt rot?! Der Aufstieg der NSDAP bei den Wahlen 1924 bis 1933. In: Hans-Jörg Czech / Vanessa Hirsch / Franklin Kopitzsch (Hg.), 350 Jahre Altona. Von der Verleihung der Stadtrechte bis zur Neuen Mitte (1664–2014). Dresden 2015, S. 242–253. Der Anhang des Bandes enthält zudem eine umfangreiche und differenzierte tabellarische Auflistung.

6. Hier schließt Freche nahtlos an die ebenfalls lobenswerte Darstellung zu Lübeck im 1. Weltkrieg an: Nadine Garling / Diana Schweitzer (Hg.), »... so blickt der Krieg in allen Enden hindurch«. Die Hansestadt Lübeck im Kriegsalltag 1914–1918. Lübeck 2016 (= Veröffentlichungen zur Geschichte der Hansestadt Lübeck, Reihe B, 54).

ordnen. Die „Gemeinnützige“ war von ihrer Mitgliederstruktur national-konservativ geprägt, die Kunstvereine eher liberal und modern. Doch lassen sie sich genau wie die Gesangsvereine nicht eindeutig einem Milieu zuordnen.

Während die Wohlfahrtsvereine traditionell vom bürgerlichen Lager geprägt waren, entstanden mit der Arbeiterwohlfahrt und dem Arbeitersamariterbund in Lübeck nach 1919 auch im Arbeitermilieu einflussreiche Organisationen, die sich um die Armenfürsorge sowie die Kinder- und Jugendpflege kümmerten. Inwieweit die Lübecker Landeskirche Einfluss auf die nationale Milieubildung genommen hat, wird nur am Rande betrachtet.⁷

Die Abarbeitung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zur Überprüfung der Milieuthese erscheint streckenweise etwas langatmig; unabhängig von der mitunter dürftigen Aktenlage zeichnet Freche in seiner Untersuchung jedoch ein lebendiges Bild der Lübecker Stadtgesellschaft im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts.

Während das sozialistische Milieu langsam seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert gewachsen war, war das national-konservative Lager zersplittert, verdichtete sich nur langsam und zerfiel zu Beginn der 1930er-Jahre

– letztlich auch, weil die Bindung zur Bevölkerung unzureichend war und es die Jugendarbeit völlig vernachlässigte. In diese Auflösungserscheinung traten die radikalen nationalsozialistischen Kräfte und machten sich zunehmend breit. Das sozialistische Lager war zudem ebenfalls gespalten.

Auch wenn die in Lübeck vorherrschenden Sozialdemokraten eine reformerische Haltung vertraten und große Kompromissbereitschaft zeigten, schafften sie es nicht, die bürgerlichen Kräfte in eine gemeinsame, einigende Handlungslinie einzubinden. Die Klassengegensätze zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum blieben unüberwindbar. Letztlich profitierten davon nur die Nationalsozialisten, die mit populistischen Parolen eine wachsende Mehrheit der Bevölkerung für sich gewinnen konnten.

Freches Studie gibt einen herausragenden Überblick über die Entwicklung Lübecks in der Weimarer Republik und die Anregung, sich auf dieser fundierten Grundlage mit einzelnen Aspekten ihrer Geschichte in dieser Zeit tiefergehend zu beschäftigen. Diese vergleichende Untersuchung schließt damit auch gleichzeitig eine Forschungslücke, denn in so dezidiert Form ist die Zeit der Weimarer Republik in Lübeck bisher nicht erforscht und darge-

7. Hier sei auf die Studie von Hansjörg Buss verwiesen: „Entjudete Kirche“. Die Lübecker Landeskirche zwischen christlichem Antijudaismus und völkischem Antisemitismus (1918–1950). Paderborn u.a. 2011.

stellt worden.⁸ Es gibt eine Reihe von Aufsätzen zu Einzelaspekten, doch diese Monografie setzt Maßstäbe. Sie ist nicht unverdient

mit dem Preis der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte ausgezeichnet worden.

Christian Rathmer

Schlüssiges Gesamtbild, unklare Details

Im Jahr 2016 publizierte Jürgen W. Falter einen Sammelband mit einem Zwischenstand der Erkenntnisse seiner Mainzer Forschungsgruppe zu den Mitgliedern der NSDAP.¹ Damals kündigte er eine Monografie zum Thema an, die er jetzt nach nur vier Jahren vorlegt.

Der neue Band gliedert sich in neun Kapitel, und im ersten wird die Frage „Wer durfte NSDAP-Mitglied werden?“ beantwortet. Es folgen Kapitel über die „Mitgliederbewegungen“, zur Demografie (Geschlecht, Alter, Familienstand, Ortsgröße und Konfession), den „Sozialen Trägerschichten“ der Partei und „Ein- und Austrittsmotiven“. Dazwischen werden gesondert für die Untersuchungsgebiete Österreich, Sudetenland und die Großstädte Hamburg

und Berlin ähnliche Fragen – allerdings in sehr komprimierter Form – beantwortet. Abschließend stellt Falter in einem Fazit seine Ergebnisse zur Diskussion.

Ein ganz knapper methodischer Anhang, Anmerkungen und ein Literaturverzeichnis schließen den Band ab.

Ähnlich wie in seiner Monografie *Hitlers Wähler* von 1991² stellt Falter auch in seiner Publikation zu den NSDAP-Mitgliedern sein Thema in einem gut lesbaren und verständlichen Stil dar, wodurch er es auch interessierten Laien näher bringen kann. Inhaltlich basieren alle präsentierten Ergebnisse auf einem zusammengesetzten Datensatz von Forschungsteams aus Berlin, Mainz und Minnesota. Dieser umfasst bis zu 48.000 Fälle, die überwiegend aus repräsentativen

8. Jan Lokers, Lübeck 1933–1945. Was wissen wir, was nicht? Stand und Perspektiven der Forschung. In: Jan Lokers / Michael Hundt (Hg.), Das Ende des eigenständigen Lübecker Staates im Jahre 1937. Vorgeschichte, Ablauf und Folgen einer stadtgesehichtlichen Zäsur. Lübeck 2014, S. 97–127 (= Veröffentlichungen zur Geschichte der Hansestadt Lübeck, Reihe B, 52).

1. Jürgen W. Falter (Hg.), Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945. Frankfurt am Main 2016. Vgl. dazu die Rezension des Verfassers in: ISHZ 57/58 (2016/17), S. 207–213.

2. Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*. München 1991. Aktualisierte und erweiterte Neuauflage Frankfurt am Main 2020.



Jürgen W. Falter, *Hitlers Parteigenossen*. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945. Frankfurt am Main / New York: Campus Verlag 2020. 584 S.

Stichproben der vorhandenen beiden NSDAP-Mitgliederkarteien des Bundesarchivs stammen (ehemaliger Bestand Berlin Document Center). Sämtliche Angaben in der Veröffentlichung beruhen also auf mathematischen Schätzungen und Berechnungen aus diesen Stichproben, und je nach Fragestellung variiert dabei die genutzte Fallzahl sehr stark.

Im ersten Kapitel erläutert Falter die Frage, wer NSDAP-Mitglied werden durfte, wie die Aufnahmepraxis aussah und auch welche Aussagekraft die Höhe der Mitgliedsnummer hat. Bis zum 1. Mai 1933 durften alle „Arier“ über 18 Jahren beitreten, was Juden, Sinti und Roma, Farbige und

Freimaurer per se ausschloss. Die vielen Veränderungen während der NS-Zeit schildert Falter ausführlich und geht insbesondere auf die jeweiligen Ausnahmen und Sonderaktionen ein, die bestimmten unterrepräsentierten Gruppen den Eintritt in die Partei ermöglichen sollten. Mit Hilfe einer tabellarischen Übersicht fasst er diese Regeln abschließend verständlich zusammen (S. 53-54).

Im zweiten Kapitel werden die Mitgliederbewegungen analysiert. Damit wird die Frage beantwortet, wie viele Mitglieder der Partei jeweils wann beitraten. Falter geht davon aus, dass die Partei maximal 10,17 Millionen Netto-Mitglieder hatte, d.h. einschließlich derjenigen, die wieder austraten, ausgeschlossen wurden oder verstarben (S. 59). Nur jedes zehnte Parteimitglied schloss sich vor 1933 an, jedes fünfte bis zur Machtübertragung auf Hitler, alle anderen erst danach. Für das Frühjahr 1945 schätzt Falter die Gesamtanzahl der Parteimitglieder auf 8,99 Millionen (S. 60, im Detail S. 114), was leicht von seinen Berechnungen in „Junge Kämpfer, alte Opportunisten“ abweicht (siehe dort S. 187).

„Zwischen 1925 und Ende Januar 1933 kommen wir auf insgesamt 1,15 Millionen Eintritte, denen knapp 270.000 Austritte und rund 40.000 Wiedereintritte innerhalb des gleichen Zeitraums gegenüberstehen.“ (S. 73) Damit übersteigt die Anzahl von Falter

die offizielle Parteistatistik um rund 70.000 Netto-Mitglieder (920.000 zu 849.000). Die Diskrepanzen zwischen seinen Berechnungen und der offiziellen Parteistatistik nehmen für die Zeit nach 1933 noch extremer zu, so dass er für Ende Mai 1943 sogar fast 1,1 Millionen mehr Mitglieder verzeichnet als die Partei selbst (S. 88).

Einen Teil dieses Widerspruchs kann er mit der Asynchronizität zwischen Aufnahmezeitpunkt und Eintrittsdatum erklären, diese Abweichung aber tatsächlich nicht in Gänze plausibel erklären. (S. 89).

Wer sich von *Hitlers Parteigenossen* Aussagen zum Zusammenhang zwischen Mitgliederentwicklung und Wahlergebnissen erhoffte, wird enttäuscht. Die Frage, ob höhere Mitgliederzahlen sich positiv auf die Wahlergebnisse auswirkten bzw. umgekehrt, beantwortet Falter für die Reichsebene anhand der Reichstagswahlpaare 1928/30 und 1930/33 und kann keine Zusammenhänge herstellen. Dies steht im Widerspruch zu seinen frühen Forschungsergebnissen, die auf einer laut Falter qualitativ schlechteren Stichprobe von Michael Kater beruhen (*Hitlers Wähler*, Ausgabe 1991, S. 341-348). Angesichts der ausgesuchten Wahlpaare und der Tatsache, dass die erste Aufstiegsphase der NSDAP 1928/29 bzw. 1929/30 erfolgte, müssen hier weitere Daten auf Ebene der Länder einbezogen werden, um die Hypothese zu

verifizieren. Für Schleswig-Holstein kann nach derzeitigem Forschungsstand ein Zusammenhang hergestellt werden, der sich so auf Reichsebene nicht abbildet.

Von der Forschung eher weniger beachtet sind die Parteiaustritte, die jahrgangsweise betrachtet laut Falter bis 1929 über 50 Prozent der Eingetretenen betrafen und selbst noch 1930 mit 47 Prozent hoch ausfielen, aber bis 1933 sehr stark zurückgingen (S. 101). Umgekehrt kam es bis zur Machtübertragung an Adolf Hitler zu häufigen Wiedereintritten ehemaliger Parteimitglieder (S. 103).

Im nächsten Abschnitt fasst Falter die Ergebnisse zur regionalen Ausbreitung der NSDAP zusammen. Eingangs stellt er die Zahlen für das Altreich, Österreich und das Sudetenland gegenüber und geht dann auf die 35 Wahlkreise bzw. die NSDAP-Gaue ein. Dabei wird klar, dass sowohl bei den Wahlen als auch bei der Mitgliederverteilung ähnliche Muster zu finden sind, d.h. die NSDAP „in agrarischen Regionen mit evangelischer Bevölkerung und in überwiegend protestantischen Kleingemeinden“ am erfolgreichsten war (S. 107).

In absoluten Zahlen und in Prozent aller Beitritte schneidet vor der „Machtergreifung“ der Gau Sachsen am besten für die NSDAP ab (114.000 Eintritte, 10 Prozent aller Eintritte). Schleswig-Holstein mit 60.000 Eintritten be-

legt den fünften Rang unter den Gauen (S. 109), und verglichen mit der Einwohnerzahl fällt das Ergebnis vor der „Machtergreifung“ bzw. danach wie erwartet aus, denn die Region liegt auf Rang 1 bzw. 3 aller Gaue der NSDAP (S. 111): „Während der sogenannten Kampfzeit war hier jeder 20. Wahlberechtigte in der Partei organisiert; bis zum Ende des Dritten Reiches hatte sich sogar jeder vierte Wahlberechtigte der Partei angeschlossen.“ (S. 112)

Das folgende Kapitel widmet sich Fragen zur Demografie der NSDAP-Mitglieder und geht auf Geschlechter- und Altersverteilung, Familienstand, Ortsgröße des Wohnortes sowie Konfession der Mitglieder ein. Falter bestätigt für die so genannte „Kampfzeit“ vor der „Machtergreifung“ das Bild einer von jungen Männern unter 30 Jahre dominierten Partei, denn nur 6 bis 8 Prozent der Neumitglieder waren in dieser Phase Frauen (S. 116, 124, 126, 129). Durch Einteilung der Neumitglieder in verschiedene Alterskohorten gelingt ihm der Nachweis, dass die Kriegskindergeneration – also diejenigen, die als Kinder und Jugendliche durch Erlebnisse im Ersten Weltkrieg und danach geprägt wurden – „den Löwenanteil der Neumitglieder stellte“ (S. 135) und klassenübergreifend in die Partei eintrat (S. 298).

Ähnlich überdurchschnittlich vertreten war auch die so genann-

te Frontgeneration, so dass die NSDAP als Generationenpartei bewertet wird: „Ohne die Generation der Kriegs- und Nachkriegskinder wäre die NSDAP in der Tat überwiegend, nämlich zu fast zwei Drittel, zumindest was ihre Mitglieder betrifft, eine Mittelschichtsbewegung gewesen.“ (S. 299). „So gesehen stellt die NSDAP primär eine Zwei-Generationenbewegung mit Volkspartei charakter dar. Blickt man auf die älteren Eintrittsgenerationen, handelte es sich in der Tat eher um eine Mittelschichtsbewegung.“ (S. 305)

Woher die NSDAP-Mitglieder stammten, wird anhand der Gemeindegröße analysiert. Danach verzeichneten von 1928 bis 1933 nur die Gemeinden unter 2.000 Einwohner überdurchschnittlich viele Neumitglieder und schnitten lediglich die Großstädte ab 1931 ebenfalls leicht überdurchschnittlich ab (S. 144). Für den gesamten Zeitraum von 1925 bis 1945 lassen sich dagegen nur wenige bis gar keine größeren Unterschiede für die Ortsgrößen herausarbeiten.

Was den Effekt der Konfessionen angeht, wiesen von 1928 bis 1932 insbesondere die Gemeinden mit den geringsten Katholikenanteil überdurchschnittlich viele neue Parteimitglieder auf (S. 157). Am deutlichsten wird dieser Effekt vor 1933 im Zusammenspiel mit der Gemeindegröße: In den kleinsten Gemeinden der evangelisch geprägten Regionen

traten überdurchschnittlich oft Menschen in die NSDAP ein (S. 161, S. 162). Der Autor bestätigt damit weitgehend sowohl die Ergebnisse anderer Forscher wie Michael Kater und Detlef Mühlberger zur Demografie der NSDAP-Mitglieder als auch der amtlichen Parteistatistik (S. 175). Letzteres stellt damit also auch weiterhin für Forschende eine legitime und hilfreiche Quelle dar, auf die relativ einfach zurückgegriffen werden kann.

Im Kapitel über die sozialen Trägerschichten streift der Autor zeitgenössische Meinungen, erläutert danach seine bekannten Thesen zur sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft der NSDAP („Massenintegrations- oder stimmenmaximierende Volkspartei“, S. 179) und analysiert die berufliche Zusammensetzung der NSDAP-Neumitglieder. Der komplexe Prozess, der dafür nötig ist, zeigt sich darin, dass die im Datensatz vorhandenen 2.000 (!) Berufsbezeichnungen den Kategorien der beiden Volkszählungen von 1925 und 1933 zugeordnet werden mussten und deren Anteil altersbereinigt wurde, also nur Männer ab 18 Jahren und Frauen ab 21 Jahren umfasst, um statistische Verzerrungen zu vermeiden (S. 182).

Als Vergleichsmaßstab zieht Falter die Wahlberechtigten heran und konstatiert eine stärkere Überrepräsentanz von Angestellten sowie Beamten und eine

leichte Überrepräsentanz von Arbeitern (S. 188), wobei sich die Gewichte je nach Jahreszahl des Eintrittes verschieben und die Austrittsquoten der Arbeiter immer deutlich über denen der anderen Berufsgruppen lagen: Bis zur Reichstagswahl 1930 traten 63 Prozent der Arbeiter wieder aus und bis zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler weitere 40 Prozent, was auf eine gewisse Enttäuschung schließen lässt (S. 193).

Es folgen Vergleiche zu Geschlechterverteilung, Alter, Konfession sowie zu den Wirtschaftsabteilungen. Danach „waren Personen aus der Landwirtschaft unter den NSDAP-Eintretenden mit 15 Prozent deutlich unterrepräsentiert, während Personen aus der Wirtschaftsabteilung Handel und Verkehr mit knapp 24 Prozent klar überrepräsentiert waren“ (S. 202). Gemessen an diesem reichsweiten Ergebnis fällt die starke Überrepräsentanz von Bauern in Schleswig-Holstein unter den Parteimitglieder umso mehr ins Auge.

Gleichzeitig belegt Falter eine geringe Neigung von Landarbeitern, Parteimitglied zu werden, und kommt für die Arbeiter zu dem Schluss: „Dabei handelte es sich im Falle der Industriearbeiterschaft eher um eine leichte *Unterrepräsentanz*, im Falle der Handwerkerarbeiter hingegen um eine deutliche *Überrepräsentanz*.“ (S. 216, Hervorhebungen im Original).

In ähnlicher Ausdifferenzierung wird die Mittelschicht analysiert, u.a. Angestellte, Beamte (darunter die vielen Lehrer) sowie Selbstständige und Freiberufler. Für Schleswig-Holstein sind die Ergebnisse zu den Landwirten von Interesse. Diese stellen noch vor den Kaufleuten den häufigsten Beruf unter den Selbstständigen dar (S. 265), dominierten bis 1933 zusammen 3/4 aller neuen Parteimitglieder (S. 272) und stammten überwiegend aus evangelischen Gemeinden (S. 274).

In den Unterabschnitten zu den mithelfenden Familienangehörigen und den Arbeitslosen wird zum wiederholten Male deutlich, wie schwierig es sein kann, sinnvolle statistische Vergleichsmaßstäbe herzustellen (S. 275-291). So findet sich zum Beispiel kein einziger Eintrag „mithelfende Familienangehörige“ unter den Berufsbezeichnungen im Datensatz, obwohl 10 Prozent aller Wahlberechtigten dazugehörten. Dementsprechend musste diese Gruppe unter vielen Hilfsannahmen anderen Berufsgruppen zugerechnet werden (S. 277f.).

Jeweils ein eigenständiges Kapitel widmet Falter dem „Sonderfall Österreich“ (hier war die NSDAP von 1933 bis 1938 verboten), dem Sudetenland und einem Vergleich der Großstädte Berlin, Hamburg und Wien. Für Schleswig-Holstein ist natürlich die Analyse zu Hamburg von Be-

deutung, da mit dem Groß-Hamburg-Gesetz 1937 eine Vielzahl von Gemeinden nach Hamburg eingemeindet wurde.

Danach verzeichnete Althamburg 1925 bis 1945 ca. 180.000 Neueintritte, Groß-Hamburg dagegen 250.000 Neueintritte (S. 393), wobei dies auf der Hochrechnung von knapp 670 Fällen im Datensatz beruht: „Die Zahl der Parteieintritte in den vor der Gebietsreform geltenden Grenzen Hamburgs betrug in der Periode zwischen dem 21. April 1937 und dem 30. April 1939 rund 108.000. Hinzu kommen aus Altona knapp 20.000 und aus Harburg-Wilhelmsburg weitere 14.000 neue und eingemeindete Mitglieder.“ Wie hoch der Anteil der bisher östlich von Hamburg gelegenen Gemeinden war, wird leider nicht erwähnt (S. 405).

Nur 6 Prozent aller Neueintritte in Hamburg fand vor dem 30. Januar 1933 statt, weitere 15 Prozent bis zur Mitgliedersperre am 1. Mai 1933 und allein 71 Prozent in der Wiederöffnungsphase zwischen 1937 und 1939! Im Vergleich zu Berlin (17 Prozent / 19 Prozent / 29 Prozent) und dem Reich ohne die Millionenstädte traten nach dem 30. Januar 1933 in Hamburg weit überdurchschnittlich viele Menschen in die Partei ein, so dass sich dem Rezensenten die Vermutung aufdrängt, dass sich hierin ein hohes Maß

an Opportunismus widerspiegeln könnte (S. 404, 411).

Dies wird auch durch die Analyse der Berufs- und Sozialstruktur bestätigt, in der nach dem 30. Januar 1933 Angestellte und Beamte stark überdurchschnittlich in die Partei eintraten, während Arbeiter unterrepräsentiert waren (S. 418, 420). Doch insgesamt stellten vor 1933 alle drei Millionenstädte „ein steiniges Pflaster für die NSDAP“ dar, so das Fazit des Autors (S. 423).

Im letzten Kapitel geht es abschließend um die Eintritts- und Austrittsmotive, eine Fragestellung, die jenseits der statistischen Analyse liegt, weil es keine zeitgenössischen repräsentativen Bevölkerungsumfragen gegeben hat. Mit Hilfe der Quellenbestände aus der Abel-Collection und den Gimbel-Berichten³ nähert sich der Autor einer Antwort an, greift partiell noch auf Entnazifizierungsakten sowie weiteren Analysen in der Literatur zurück und versucht sich an tabellarischen Zusammenfassungen der Motive (S. 448, 456, 458, 472).

Für die Regionalgeschichtsforschung hält dieses Kapitel einige Anregungen zur Reflektion der eigenen Thesen zu den Motiven der Parteimitglieder bereit. In einem Fazit diskutiert Falter abschließend seine Ergebnisse, wobei er

auch Fragen der Kollektivschuld, der mentalen Nachwirkungen des Nationalsozialismus und aktuellen Entwicklungen nachgeht.

Angesichts dessen kommt er zu dem Schluss: „Eine Partei jedoch, die sich am Rande des eben noch verfassungsrechtlich Erlaubten bewegt, kann durchaus von der gegenwärtigen, sich vermutlich in Zukunft noch erheblich verschärfenden Situation profitieren. Anzunehmen, die Bundesrepublik sei nicht mehr für radikale Strömungen anfällig, wäre naiv. Dass durchaus nicht-extremistische, in guten Zeiten dem politischen System gegenüber loyale Bürger sich radikalen Oppositionsbewegungen anschließen können, belegen der Aufstieg des Nationalsozialismus“ (S. 504).

Fazit: *Hitlers Parteigenossen* ist noch stärker als *Hitlers Wähler* ein Fachbuch, das sehr genau und im Detail gelesen werden muss, um die dort genannten Ergebnisse sinnvoll einordnen und inhaltlich richtig wiedergeben zu können. Immer wieder stellen sich Fragen nach der statistischen Vergleichsbasis (wechselnd die Volkszählung 1925, 1933, 1939 sowie die Bevölkerung und die Wahlberechtigten) und woher die genutzten Daten konkret stammen (u.v.a. S. 294, 296). Da sich

3. Materialsammlung von Theodore Fred Abel für sein Buch *Why Hitler Came into Power* (1938), Hoover Institution, Library & Archives, Stanford/USA; 1936 befragte Adalbert Gimbel im Auftrag der NSDAP ausgetretene Parteimitglieder nach ihren Gründen (BA Berlin).

dies von Tabelle zu Tabelle ändert, muss hier sehr genau auf die Le-beispiele geachtet werden, weil die Überschriften dies leider nicht immer präzise wiedergeben.

Ärgerlich ist, dass einige gra-fische Abbildungen, insbesondere die Kontrastgruppenvergleiche (S. 150f., 163, 171, 173), so klein abgedruckt wurden, dass die Lesbarkeit im Gegensatz zu den Tabellen sehr stark leidet. For-schende werden sich an vielen Stellen einen detaillierteren Quel-lennachweis wünschen, denn so manches lässt sich nicht konkret nachvollziehen.

Angesichts der Komplexität der Materie gelingt es Falter zwar, diese auch interessierten Laien gut ver-ständlich näherzubringen, doch im Detail bleiben viele Fragen offen, die sich ohne Eigenkontrolle des er-stellen Datensatzes nicht klären las-sen. Angesichts der bei Falter bestä-tigten Rolle von Schleswig-Holstein als dem Aufstiegsgebiet der NSDAP im ländlichen Raum wäre es außer-dem ein Gewinn, den Datensatz daraufhin auszuwerten zu können. Unabhängig davon muss *Hitlers Parteigenossen* allen Interessierten zum kritischen Lesen empfohlen werden.

Frank Omland

Beschränkung mit fragwürdigem Nutzen

Die Gesellschaft für Kieler Stadt-geschichte gehört zu den Ge-schichtsvereinen in Schleswig-Holstein, die regelmäßig neuere Forschungsergebnisse für ihre Re-gion veröffentlichen. Bei den *Lage-berichten des örtlichen Polizeiprä-sidenten* zu den Luftangriffen auf Kiel handelt es sich um eine Edi-tion von 82 Berichten aus dem Zeitraum von Juli 1940 bis Ende April 1945.

Die so genannten Luftschutz-polizeiberichte sind eine Quelle, auf die heutzutage insbesondere der Kampfmittelräumdienst in digitalisierter Form zurückgreift, um mögliche Bombenfundstellen zu lokalisieren. Historisch sind die Berichte „aus lokaler Sicht be-

sonders aufschlussreich, weil sie die Wirkung der alliierten Luftan-griffe im Detail widerspiegeln und im gesamten Stadtgebiet – aller-dings vorwiegend mit Auslassung von Militäranlagen – genau ver-orten.“ (Vorwort, S. 7). Die Edition beruht auf der Magisterarbeit der Geografin Alina Dallmann, die auch als Mitherausgeberin fun-giert („Erfassung von Schäden des Zweiten Weltkriegs in Kiel mittels GIS, Kriegluftebildern und histo-rischen Dokumenten“, Kiel 2018).

Die Einleitung stellt die Vor-bereitung auf Luftangriffe dar und hebt zuerst die ungewöhnlich vie-len Luftschutzbauten hervor, die dazu führten, dass „in Kiel bis zum Kriegsende vergleichsweise weni-

ger Menschen durch Luftangriffe ums Leben gekommen sind als andernorts mit geringeren Schutzraum- und Umsiedlungskapazitäten.“ (S. 10) Kiel verzeichnete nach neuesten Schätzungen über 3.000 Tote, auf Seiten der alliierten Piloten muss von mindestens 209 Männern ausgegangen werden, die über Kiel abgeschossen wurden.

Es folgen ein kurzer Abschnitt zum Thema „Luftverteidigung“ und ein etwas längerer zu „Heimatfront und Kriegsschauplatz“, in dem auch die NS-Propaganda thematisiert und eine Einordnung der Kieler Schäden im Vergleich zu anderen Städten vorgenommen wird (S. 15). Leider erfolgt dies nur anhand der „abgeworfenen Bombenlast“, so dass Fragen offen bleiben, etwa wie es mit der Verhältnis der Opferzahl zur Einwohnerzahl und der Zerstörungen von Wohnhäusern in den anderen Städten aussah.

„Räumliche Schadensübersicht“ und eine „Bilaterale Kieler Kriegsziel-Bilanz“ schließen das Kapitel ab. Deutlich im Vordergrund steht dabei, jeden Versuch der Relativierung zurückzuweisen: „Es gibt angesichts der deutschen Verantwortung für die Kriegsauslösung und schweren Luftkriegsverbrechen keine Anlass zu einem besonderen Opfermythos“ (S. 20).

Im zweiten Kapitel werden der „Luftschutz und die Luftschutzpolizei“ erläutert und die



Alina Dallmann / Jürgen Jensen (Hg.), *Meldungen vom Kieler Kriegsschauplatz. Die alliierten Luftangriffe in den Lageberichten des örtlichen Polizeipräsidenten 1940/45*. Husum: Husum Druck und Verlagsgesellschaft 2020. 424 S. (= Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, 92).

Luftschutzpolizeimeldungen eingeordnet sowie mit den Informationen aus weiteren Schadensmeldungsdocumenten verglichen. Eine tabellarische Übersicht (S. 26f.) belegt die Schwierigkeiten, verlässliche Zahlenangaben zu erhalten.

Ärgerlich ist die anschließende kartografische Darstellung der Kriegsschäden, die im Textteil inhaltlich ausgeführt wird: Sechs der sieben Karten sind so klein wiedergegeben, dass sie lediglich illustrierenden Charakter haben

und keinen Erkenntnisgewinn besitzen. Angesichts von 33 Seiten Einführung und 380 Seiten Dokumenten hätte hier entweder jede Karte eine eigenständige Seite verdient, oder man hätte diese schlichtweg weglassen sollen.

Abschließend erfolgt eine Bewertung der Quelle an sich (S. 32f.), und das „Editions- und Auswahlverfahren der Lageberichte“ wird beschrieben. Und hier liegt die größte Schwäche des Bandes: So gut wie alle Berichte werden als Faksimile abgedruckt, „auf ein wünschenswertes Register musste ebenso wie auf den vollständigen Abdruck aller Lageberichten verzichtet werden, um den Publikationsumfang in vertretbaren Grenzen zu halten.“ (S. 34).

Dem Rezensenten erschließt sich nicht, worin dann der Wert dieser Buchveröffentlichung liegen soll. Jedes durchsuchbare PDF bringt für die Forschung einen höheren Nutzwert und einen arbeitsökonomischen Vorteil,

den diese Edition leider nicht aufweist. Das ist sehr bedauerlich, denn gute Quelleneditionen sind eine willkommene Arbeitshilfe. Dass der Band zudem für die ersten 35 Seiten mit sehr knappen Endnoten arbeitet, die sich erst auf der Seite 416 wiederfinden und sechs Seiten später nur durch das Literaturverzeichnis auflösen lassen, ist ein weiteres Ärgernis, das angesichts des fehlenden Registers jedoch nicht mehr groß ins Gewicht fällt.

Die Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte hat hier bedauerlicherweise das Potenzial einer praktikablen Quellenedition vertan, und es ist zu hoffen, dass der Band in absehbarer Zeit als durchsuchbares PDF im E-Book-Format erscheinen wird. Eine ähnliche Verantwortung trägt der Verlag, der im (fehlenden?) Lektorat auf die Mängel hätte hinweisen und auf die Abstellung derselben bestehen müssen.

Frank Omland

21 Momentaufnahmen zur Apokalypse in Kiel

Ausstellung und Buch widmen sich anlässlich des 75. Jahrestages des Kriegsendes dem Luftkrieg und seinen Auswirkungen auf Kiel und die städtische Gesellschaft. „Diese Publikation, deren Untertitel bewusst auf die NS-Gesellschaft fokussiert, will zeigen, wie in den verschiedenen Lebens-

bereichen Kriegseinwirkungen – sprich Bombardements und Zerstörung – nicht nur Gebäude und Infrastruktur vernichteten, nicht nur Menschen aus dem Leben rissen, sondern unter dem Druck des NS-Regimes die privaten Bindungen der Gesellschaft, Familien, Freundschaften, Nachbar-

schaften zerrissen und dauerhaft zerstörten.“ (S. 10)

Das Autorenteam sieht die zivilen Opfer zunächst einmal als Opfer des eigenen Regimes, in dessen Hände sich die Menschen oft in blindem Vertrauen begeben hatten, ein Regime, das die Menschen den Kriegszielen unterordnete und den Angriffen bewusst auslieferte.

In 21 Aufsätzen von sehr unterschiedlicher Länge (zwischen 1,5 und 29 Seiten) behandeln die 11 Autor*innen, die ausnahmslos aus dem Bereich Stadtarchiv, Stadt- und Schifffahrtmuseum und Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte kommen, ein breites Themenspektrum unter unterschiedlichen Blickwinkeln. Folgende Themen werden behandelt: Alliierte Luftkriegsplanung, Luftschutzmaßnahmen, Propaganda und Unterdrückung im Luftkrieg, Alltagsleben, Erinnerungen an die Luftangriffe, Judenverfolgung, Zwangsarbeiter*innen und Kriegsgefangene, Kultur, Schule, Krankenversorgung, Schadensbilanz, Bilderzyklus „Zerstörtes Kiel“, Kontinuitäten der Wiederaufbauplanung sowie die Frage, welchen Platz der Luftkrieg und seine Opfer in der Erinnerungskultur Kiels eingenommen hat.

Ziel des Buches ist, erstmals einen Forschungsstand herzustellen, wobei das bisher geringe Forschungsinteresse in Kiel, die Vielfalt und die Problematik kleinteiliger Quellen und Zeugnisse



Doris Tillmann/Johannes Rosenplänter (Hg.), Luftkrieg und „Heimatfront“. Kriegserleben in der NS-Gesellschaft in Kiel 1939–1945. Kiel: Solivagus Verlag 2020. 202 S. (Begleitband zur Sonderausstellung im Kieler Stadtmuseum Warleberger Hof)

sowie die oft subjektive Sichtweise der persönlichen Berichte beklagt werden. „Dass dabei nicht alle Themen hinreichend vertieft werden konnten, dass die Quellenauswertung auszuweiten wäre und dass sich dabei weitere Forschungsfelder auftaten, die nicht mehr ausreichend Berücksichtigung fanden, all das ist dem Autorenteam und den Herausgebern bewusst.“ (S. 10f.) Auch so kann Kritik vorgebeugt werden.

Dass bisher das Forschungsinteresse gering gewesen sei, ist ein bisschen kurz gegriffen, denn bei allen behandelten Themen konnte nicht nur auf Quellen, sondern auch auf Sekundärliteratur zurückgegriffen werden. Attraktiv macht das Buch die Vielzahl auch bisher unveröffentlichter Bildquellen, die ebenso in der Ausstellung

zu sehen sind. Die Publikation soll die Ausstellung ergänzen und mit ihren Texten die Ausstellungsinhalte vertiefen (was sonst?).

Bei der Vielzahl der Themen kann nicht auf die einzelnen Aufsätze eingegangen werden. Die längsten Artikel befassen sich mit den Luftschutzmaßnahmen, der Kriegsgesellschaft und dem Alltagsleben, der Schulzeit (u.a. Kinderlandverschickung), der Schadbilanz und den Formen des Gedenkens an den Krieg und seine Opfer in der Erinnerungskultur der Stadt Kiel im Laufe der vergangenen Jahrzehnte. Wenn auch kurz (1,5 Seiten), wird auf das Schicksal der Zwangsarbeiter*innen und Kriegsgefangenen hingewiesen, die für den Luftschutzbau und in der Trümmerräumung eingesetzt wurden, die Bunker aber bei Angriffen nicht betreten durften. Im Dezember 1941 wurden die Luftschutzkeller des Rathauses dafür genutzt, jüdische Menschen vor ihrer Deportation nach Riga einzu-

sperrern. Auch der Autor verweist darauf, dass sich die Thematik des Luftkrieges an dieser Stelle nur zufällig mit dem Holocaust trifft. Auf 1,5 Seiten wird über das Schicksal der Kieler Jüdinnen und Juden während der NS-Zeit berichtet (jüdische Gemeinde, Emigration, Deportation, Beschlagnahme von Vermögenswerten, Überlebende). So wichtig das Thema ansonsten ist, scheint der Zusammenhang hier etwas gewollt, aber ehrenwert.

Wer sich künftig über das Leben in Kiel im 2. Weltkrieg und seine Folgen, mit einem Schwerpunkt auf Luftschutz und Luftkrieg, informieren möchte, kann es anhand dieser lesenswerten Publikation jetzt tun, ohne eine Vielzahl von Einzelveröffentlichungen anschauen zu müssen. Für andere Aspekte, wie z.B. das direkte Kriegsende oder die Verfolgung von Gegnern des Regimes unter Kriegsbedingungen, gibt es auch für Kiel andere Schriften.

Renate Dopheide

An der Materialfülle gescheitert

In jedem Ort gab es zwischen 1939 und 1945 Zwangsarbeiter. Diese so richtige wie scheinbar banale Erkenntnis ist immer noch nicht überall angekommen. Schaut man sich beispielsweise Ortschroniken an, so werden die „Fremdarbeiter“ bzw. „Ostarbeiter“ bis heute oft nur am Rande erwähnt und teil-

weise sogar ganz weggelassen. Der Anspruch von Walter Vietzen, das Leben von Zwangsarbeitern in allen Städten und Gemeinden des Kreises Steinburg nachzuzeichnen, ist allein schon vor diesem Hintergrund zu begrüßen.

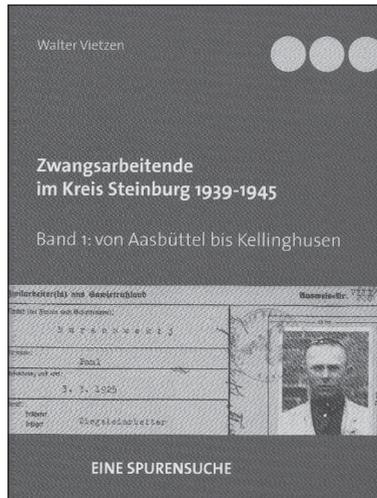
Mit mehr oder – leider viel zu oft, hier beginnt das Problem – weniger

fundierten Aussagen bewegt er sich einmal durch den ganzen Kreis Steinburg. Von Aasbüttel bis Wulfsmoor oder auch von der Kreisstadt Itzehoe bis Wiedenborstel, der heute drittkleinsten Gemeinde Deutschlands. Für jede Stadt und jedes noch so kleine Dorf hat der Autor Angaben zu den Zwangsarbeitern, zu Lagern, Meldebüchern und zuweilen auch zum Leben auf den Höfen oder zur Arbeit in den Fabriken zusammengestellt.

Ein ambitioniertes Projekt, für das der Autor mit historischen Quellen gearbeitet, Zeitzeugen ausfindig gemacht und Literatur durchforstet hat. Das ist bei der Vielzahl an Gemeinden, an Quellen und Personen eine ganze Menge Material.

Offenbar zu viel für Walter Vietzen. Dem ehemaligen Gemeinschaftsschullehrer aus Kellinghusen ist es nicht gelungen, eine Übersicht über die von ihm zusammengetragenen historischen Fakten zu gewinnen. Er ist an der Materialfülle gescheitert. Dabei hat er zudem auch nur Ausschnitte der möglichen Quellen und Literatur wahrgenommen, vermutlich konnte er nur Teile wahrnehmen. Das heißt nicht, dass das Buch gänzlich unbrauchbar wäre. Aus wissenschaftlicher Sicht ist es allerdings mit höchster Vorsicht zu genießen.

Das fängt schon bei der umfangreichen Einleitung an, in der der Autor in das Thema Zwangsarbeit einführt. Er stützt sich dabei



Walter Vietzen, Zwangsarbeitende im Kreis Steinburg 1939–1945. Eine Spurensuche. Band 1: Von Aasbüttel bis Kellinghusen. Band 2: Von Kiebitzreihe bis Wulfsmoor. Norderstedt: Books on Demand 2020. 258 bzw. 261 S.



vor allem auf die allgemeine Forschungsliteratur und flicht nur an einigen Stellen lokale Beispiele ein. Und wenn er dann wie beispielsweise in Band 1 auf S. 41 auf den

Fall einer Zwangsarbeiterin aus Christinenthal zu sprechen kommt, die nach einem Arbeitsunfall ins Krankenhaus musste, dann wird dieser bei der kurzen Darstellung der Zwangsarbeit in dem Örtchen bei Schenefeld (Bd. 1, S. 87f.) nicht wieder erwähnt. Nur der Name der betreffenden Zwangsarbeiterin steht noch einmal in dem abgedruckten Auszug aus dem Meldebuch. Dies ist eines von vielen Beispielen dafür, dass Vietzen den Überblick über das eigene Material verloren hat.

Dies gilt auch für die zwei Übersichten über die Lager im Kreis, die unvermittelt und unkommentiert nebeneinander stehen. Die eine Liste beruht auf der Aufforderung des Zentral-Justizamtes für die britische Zone aus dem Jahr 1947, Auskünfte über die Ausländerlager zu geben. Das Ergebnis war, wie Vietzen feststellt (Bd. 1, S. 53), nur sehr unvollständig. Dass er in der Folge eine weitere, viel umfangreichere Liste abdruckt, wäre für die Leser hilfreich. Leider fehlen für diese umfangreiche Liste aber jegliche Quellenangaben. Sie ergänzt die bisher bekannten Lagerlisten aus den Überblickswerken von

Gerhard Hoch und Rolf Schwarz aus dem Jahr 1985¹, aus dem Sammelband *Ausländereinsatz in der Nordmark* von 2001² sowie von der Internetseite zur Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein.³ Wie verlässlich ist sie? Ohne den Hinweis, woher die Angaben stammen, ist sie für sich genommen leider unbrauchbar.

Die weitere Lektüre des Buches legt nahe, dass einige der Angaben zu den bisher unbekanntem Lagern von den befragten Zeitzeugen stammen müssten, andere wiederum aus historischen Quellen, insbesondere aus den Arolsen Archives.⁴ Einige dieser Quellen sind im Buch als Faksimile abgedruckt und ermöglichen so eine mühsame Nachverfolgung der Angaben. Mühsam schon deshalb, weil die Wiedergabe oft zu klein und schwer lesbar ist (zum Beispiel die Lagerliste der Amtsverwaltung Kremperheide aus dem Jahr 1950, Bd. 1, S. 69).

Aus den abgedruckten Quellen sind aber nicht alle Lager in die Liste aufgenommen. Das Arbeitslager von 25 bis 30 französischen Kriegsgefangenen in Bekdorf, das die Liste des Amtes Heiligenstedten auf S. 126 in Band 1 nennt, findet

1. Rolf Schwarz: Die Lager: Suche und Ergebnis. In: Gerhard Hoch / Rolf Schwarz (Hg.), Verschleppt zur Sklavenarbeit. Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein. Alveslöhe und Rendsburg 2. Aufl. 1988. S. 149-192.

2. Nils Köhler / Sebastian Lehmann, Lager, Ausländerunterkünfte und Kriegsgefangenenkommandos in Schleswig-Holstein 1939 bis 1945. In: Uwe Danker / Robert Bohn / Nils Köhler / Sebastian Lehmann (Hg.), „Ausländereinsatz in der Nordmark“. Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein 1939–1945. Bielefeld 2001. S.103-174.

3. Siehe www.zwangsarbeiter-s-h.de

4. www.arolsen-archives.org

sich nicht in der Aufstellung. Das gleiche gilt auch für das im Text erwähnte Lager in Besdorf mit fünf oder sechs sowjetischen Kriegsgefangenen (Bd. 1, S. 72). Die Angabe dazu scheint aus einem Zeitzeugengespräch zu stammen, das Vietzen für den Ort zitiert. Ganz genau nachvollziehbar ist das nicht. Der schlampige Umgang mit Quellenangaben zieht sich durch das gesamte Buch.

Wie sehr sich der Autor in seinem Material verheddert hat, zeigt beispielhaft auch der Fall Zofia Dorosynska. Im Meldebuch von Besdorf findet sich die Polin mit Meldedatum vom 15.8.1941. Auf Seite 75 im ersten Band ist ihr Ausweis abgedruckt. Im zweiten Band (S. 64) taucht das Foto aus dem Ausweis wieder auf. Sechs Tage nach der Meldung in Besdorf arbeitete sie auf einem Hof in Nutteln. Ein Querverweis zum ersten Band ist nicht zu finden.

Dass Dorosynska 1944 nach Quellenlage in Schenefeld ihr Kind Anna entbunden hat und dieses nicht einmal einen Monat alt wurde, wie der Rezensent selber über andere Wege recherchierte (weil vermutlich der Fall besonders ins Auge fiel), ist nicht so einfach herauszufinden. Ein Weg wäre gewesen, die verschiedenen Angaben über die Kriegsgräber im Kreis Steinburg genauer zu untersuchen. Auch diese finden sich (unter ande-

rem) in Arolsen. Die Tochter von Zofia Dorosynska wurde in Wacken bestattet und gehört dort laut einer im Online-Archiv problemlos auffindbaren Liste zu den insgesamt sechs Polen (nebst zwei Serben), die auf dem Friedhof ihre letzte Ruhestätte fanden. Vietzen spricht für Wacken (Bd. 2, S. 126) allerdings nur von zwei toten Zwangsarbeitern auf dem Friedhof. Er scheint die Liste nicht zu kennen oder bei der Abfassung des Buches vergessen zu haben.

Apropos Wacken: Die kurze Darstellung über die Zwangsarbeit in diesem Ort zeugt auch davon, dass Vietzen die Chroniken der Gemeinden des Kreises nicht systematisch durchgearbeitet hat. Die Wackener Chronik⁵ erwähnt er nicht, dabei enthält sie zumindest rudimentäre Angaben zur Zwangsarbeit in dem Ort und vor allem anekdotische Zeitzeugen-Angaben des Chronisten. Solcherart Texte bringt Vietzen zwar an vielen Stellen; der Erkenntniswert ist allerdings meist gering. Das liegt natürlich auch daran, dass die Zeitzeugen heute sehr als sind und sich an ihre Zeit als Jugendliche nur bruchstückhaft erinnern.

Eine kritische Herangehensweise an die Zeitzeugenberichte ist kaum zu erkennen. Dabei weist der Autor auch darauf hin, von einem „promovierten Marschbewohner“

5. Peter Martens, Chronik von Wacken im Westerkrug. Band 1. Hg. von der Gemeinde Wacken. Wacken 1997. S. 142-144.

zurechtgewiesen worden zu sein, dass die Russen und Franzosen mit am Tisch sitzen durften und die Nazis nicht alle Verbrecher und Mörder gewesen seien (Bd. 1, S. 9). Mehr als Empörung über die damalige (und teilweise bis heute) vorherrschende Gesinnung ist in dem Buch nicht zu finden.

An dieser Stelle breche ich die kursorische Darstellung der vielen Fehler, Auslassungen und Mängel ab. Es dürfte klar geworden sein, dass Vietzens Buch keinesfalls wissenschaftlichen Standards entspricht. Dies gilt für die Darstellungen der kleinen Orte ebenso wie für die längeren Stücke über Itzehoe, Kellinghusen, das Lockstedter Lager (heute Hohenlockstedt) oder Glückstadt.

Wer eine Angabe Vietzens für die eigene Arbeit verwenden will, muss sie in den meisten Fällen selbst an den Quellen nachprüfen und diese – da er sie oft nicht oder auch unbrauchbar nennt – überhaupt erst einmal suchen.

Schließlich bleiben zu Vietzens über 500 Seiten zur Zwangsarbeit (in den Bänden gibt es aber Doppelungen, unter anderem bei den Lagerlisten) noch ein paar positive Punkte zu nennen. Grundsätzlich ist es gut, dass Vietzen ins Gedächtnis ruft, dass Zwangsarbeit ein flächendeckendes Thema im NS-Faschismus war. Auch in Schleswig-Holstein, in Steinburg, in Stadt und Land. Er hat neben vielen frag-

würdigen auch einige interessante Zeitzeugen ausfindig gemacht, die Informationen und auch historische Bilder mit ihm teilen. Dabei werden wiederum die Quelle und die Zuordnung der Bilder nicht immer klar, zumal er zwischen lokalen Bildern auch welche aus anderen Quellen einstreut und vernünftige Nachweise eher Zufall sind.

Die Ausarbeitungen zu möglichen Unterrichtsstunden können für Lehrer sicherlich hilfreich sein. Hier bieten die Berichte der Zeitzeugen, aber auch solche von Zwangsarbeitern selbst, eine Basis, mit der sich Schüler aus dem Kreis Steinburg dem Thema nähern könnten.

Für Historiker sind die beiden Bände von Vietzen allerdings im jetzigen Zustand kaum mehr als eine Sammlung von Hinweisen auf Quellen nebst einigen interessanten Zeitzeugenangaben und Bildern.

Und wer sich als heimatgeschichtlich Interessierter mit dem Thema beschäftigen will, der bekommt eben nur eine scheinbar auf breiter Quellenbasis erstellte umfangreiche Arbeit. Ihr hätte es gut getan, der Autor hätte sich noch einige Zeit mit seinem Material beschäftigt, es weiter durchdrungen und sich dann mit Experten über das Ergebnis beraten. Dies könnte er auch jetzt noch tun. Für die Sache selbst – die Erforschung der Zwangsarbeit im Kreis Steinburg – wäre dies das beste.

Helge Buttke

Einverleibte Provinz

Dieser Sammelband entstand in Folge einer Ausstellung aus dem Jahr 2017/18, in der die Einverleibung Schleswig-Holsteins in den preußischen Staat thematisiert wurde. Die Publikation umfasst sowohl kurze, auf damals gehaltenen Vorträgen basierende Aufsätze als auch sehr umfangreiche Beiträge, die ein breites Themenspektrum abdecken, dabei aber einige wichtige und zentrale Lücken offenbaren.

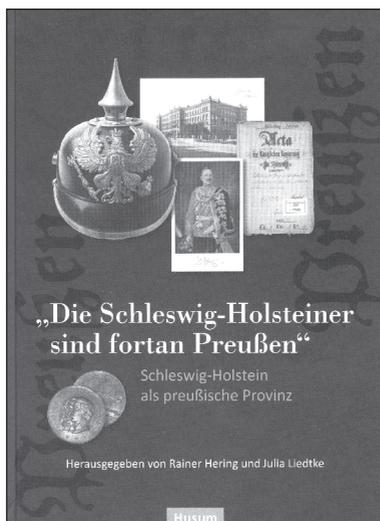
Der erste Teil des Bandes beginnt mit einem kurzen Vorwort von Rainer Hering und den obligatorischen Geleitworten. Im Aufsatzteil wird eingangs *Die Neuordnung der Verwaltung und Justiz* ab 1864 in den Mittelpunkt gestellt; es folgen zwei Abschnitte zu den neu gebildeten Landkreisen und natürlich zur Gründung des Vorläufers des Landesarchivs. Es werden die wirtschaftliche und soziale Lage, Fragen zur evangelischen Kirche, zum Schulwesen und der Sprachenpolitik unter Berücksichtigung der deutschen sowie dänischen Sichtweise(n) bis hin zum Nationalismus beleuchtet.

In zwei weiteren Aufsätzen geht es eher um die Berliner Ebene und leider nur am Rande um die Auswirkungen auf die neue preußische Provinz (Großmacht / Reichsgründungszeit, Krieg von 1870/71). Beide Aufsätze berücksichtigen den regionalen Forschungsstand nicht; ob aus Unkenntnis oder weil sie

diesen für unerheblich halten, muss offen bleiben.

Es folgen Kapitel zur Marine in Kiel, zur Entwicklung des Eisenbahnwesens, zur Architektur (mit 30 Seiten am umfangreichsten, auch aufgrund der vielen Abbildungen), zur Kunstförderung und zur besonderen Entwicklung von Helgoland. Mit wenigen Ausnahmen enden so gut wie alle Aufsätze inhaltlich spätestens mit dem Ersten Weltkrieg, so dass Fragestellungen zur preußischen Provinz in Revolution, Weimarer Republik und Nationalsozialismus noch nicht berücksichtigt sind.

Warum die Herausgeber ihre Veröffentlichung deshalb nicht einfach schon im Titel mit einer konkretisierenden Jahresangabe versehen haben, erschließt sich nicht. Tatsächlich wird im Vorwort darauf abgehoben, dass als Untertitel der damaligen Ausstellung bewusst „Schleswig-Holstein wird preußische Provinz 1867 bis 1920“ gewählt wurde, und zwar weil „der Prozess der Preußenwerdung Schleswig-Holsteins“ mit diesem Jahr endete (S. 7 bzw. 8). Dementsprechend fällt ein Beitrag aus dem selbst gewählten Raster, nämlich das abschließende Kapitel von Harald Schmid zum „Altonaer Blutsonntag“ und zur „Entmachtung Preußens“ im Zuge des Papen-Putsches (1932). Schmid gibt einerseits einen Ausblick auf den Zeitabschnitt, doch kann er die vielen fehlenden weiteren denkba-



Rainer Hering / Julia Liedtke (Hg.),
 „Die Schleswig-Holsteiner sind fortan
 Preußen“. Schleswig-Holstein als preu-
 ßische Provinz. Husum: Husum Druck-
 und Verlagsgesellschaft 2020. 536 S.

ren Aufsätze natürlich nicht erset-
 zen, und dementsprechend lässt
 sich über die Literatúrauswahl und
 die Schwerpunktsetzung des Autors
 streiten.

Ein Beispiel soll an dieser Stelle
 genügen: Es ist dem Rezensenten
 nicht klar, warum Schmid die Arbeit
 von Fred Clausen (*Die Übernahme
 der Regierungsgewalt in Preußen am
 20. Juli 1932 durch das Reich und
 ihre Auswirkung auf Provinz, Regie-
 rungsbezirk und Kreise in Schleswig-
 Holstein*¹) nicht einbezieht oder
 wenigstens nennt, denn diese dürf-
 te Nicht-Forschenden eher unbe-
 kannt sein. Die zeitliche Lücke von
 1918 bis 1947, dem formalen Ende
 des preußischen Staates, kann der
 Aufsatz natürlich nicht abdecken,

und es wäre begrüßenswert, wenn
 das Landesarchiv Schleswig diesen
 Abschnitt zukünftig durch eine wei-
 tere größere Ausstellung und einen
 Aufsatzband ergänzen würde.

Nach dieser ersten Hälfte des
 Bandes folgt eine Dokumentation
 einzelner – zumeist schriftlicher –
 Quellen aus der damaligen Aus-
 stellung, für die Julia Liedtke ver-
 antwortlich zeichnet. Dabei wurde
 dankenswerterweise wie auch in der
 Ausstellung eine Transkription der
 handschriftlichen Quellen vorge-
 nommen, denn nur die wenigsten
 Leser*innen dürften einen Zugang
 zur Schreibrift der Kaiserzeit
 haben. Die meisten der abgedruck-
 ten Quellen beziehen sich auf die
 ersten beiden Jahrzehnte nach der
 „Einverleibung“ Schleswig-
 Holsteins, was dem vorhandenen
 Quellenbestand im Landesarchiv
 geschuldet ist, doch dadurch einige
 Fragen offen lässt. Ich komme dar-
 auf noch zurück.

Der Sammelband ist allen an
 der Geschichte Schleswig-Holsteins
 Interessierten auf jeden Fall zu
 empfehlen, doch soll abschließend
 noch die Schließung größerer For-
 schungslücken angemahnt werden.
 So ist dem Rezensenten nicht klar,
 warum einer der wichtigsten Frage-
 stellungen nicht durch einen eigen-
 ständigen Aufsatz nachgegangen
 wurde: die Frage nach den Auswir-
 kungen des preußischen Militarismus.
 Zwar taucht an verschiedenen
 Stellen kurz der Hinweis auf die
 neue allgemeine Wehrpflicht auf,

die von der Bevölkerung zumeist abgelehnt wurde, und natürlich wird Kiel und der Marine ein Kapitel gewidmet, doch finden sich – abgesehen vom Architektur-Aufsatz – praktisch nirgendwo Informationen zum Komplex Wehrpflicht, Heer und seine Auswirkungen in der preußischen Provinz Schleswig-Holsteins.

Das ist aber eine zentrale Fragestellung, deren Fehlen hätte thematisiert werden müssen. Angesichts der Kasernenneubauten und des Ausbaus der militärischen Infrastruktur wäre es zwingend notwendig gewesen, nicht nur kurz in den Quellen auf die Zeit der Einführung der Wehrpflicht einzugehen, sondern dieses Thema grundsätzlicher darzustellen; und sei es nur unter Benennung der derzeitigen großen Forschungslücken: Welche Auswirkungen hat der Bau der Kasernen auch sozial in den jeweiligen Standorten gehabt? Welche Kontakte gab es zwischen den Offizieren und der Bevölkerung? Welche Hierarchien bildeten sich hier ab, wie sah es mit dem Leben eines Wehrpflichtigen aus u.v.m. Die marine-zentrierte Sichtweise der schleswig-holsteinischen Geschichtsforschung befördert anscheinend, dass die für die meisten Wehrpflichtigen wichtigere Zwangskasernierung in den Heeresstandorten wenig bis gar kein Thema in Veröffentlichungen ist und dass das in Schleswig bzw. ab 1870 in Altona angesiedelte Generalkommando des IX. Armee-korps keine Rolle spielt.

Dasselbe gilt für Fragen zum politischen Geschehen und das Problem des preußischen Drei-Klassen-Wahlrechts bei gleichzeitigem Männerwahlrecht im Kaiserreich. Auch hierzu hätte ein Aufsatz dem Sammelband gut getan, denn die regionale Forschungsliteratur dazu ist sehr überschaubar. Eine kritische Reflektion zu den verschiedenen Akteuren – seien es die politischen Parteien, die Arbeiterbewegung oder die bürgerlichen Eliten – und deren Positionen in Schleswig-Holsteins bis zum Ersten Weltkrieg hätte die Publikation ebenfalls bereichert.

Zuletzt noch der obligatorische Hinweis auf den Genderaspekt, dessen Einbeziehung in Forschungsfragen in Schleswig-Holstein eher die Ausnahme denn die Regel ist. Dies spiegelt sich auch im Sammelband wider, wo selbst bei den wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen Unterschiede in den Arbeits- und Lebensbedingungen von Männern und Frauen nicht erwähnt werden und auch ansonsten die männerzentrierte Welt des paternalistisch-patriarchisch dominierten Preußen wenig bis gar nicht reflektiert wird.

Deshalb soll an dieser Stelle angeregt werden, dass in zukünftigen Sammelbänden auch eine Reflektion auf die Lücken im Forschungsstand erfolgt. Gerade die Frage, welche Lücken die Herausgebenden überhaupt sehen und welche Desiderate aus ihrer Sicht unbedingt noch geschlossen werden sollten, ist für

die Forschung von Interesse und macht den Lesenden deutlich, was noch nicht erschlossen wurde.

Der Aufwand, eine Ausstellung mit Begleitprogramm auf die Beine zu bringen und anschließend einen

Sammelband herauszugeben, ist immens, deshalb soll an dieser Stelle abschließend betont werden, dass sich die Anschaffung der Publikation trotz der Detailkritik auf jeden Fall lohnt. *Frank Omland*

Fragmente der Militärgeschichte eines Ortes

Der Autor stellt die vielfältige und wechselvolle Nutzungsgeschichte des heute von der Führungsakademie der Bundeswehr in der Mantuffelstraße in Hamburg-Blankenese genutzten Geländes vor. Der Band teilt sich in vier Kapitel auf. Zuerst geht es um „Jüdisches Vermächtnis – bürgerliches Leben in der Villa Plaut“, es folgen die „Militarisierung – der Bau des Luftgaukommandos XI im Nationalsozialismus“ sowie „Krieg – Das Luftgaukommando XI im Zweiten Weltkrieg“, ein „Zwischenspiel – die Briten in den Uxbridge Barracks“ sowie abschließend „Mens agitat molens – Der Aufbau der Führungsakademie der Bundeswehr“.

Die Publikation wurde von einem an der Führungsakademie lehrenden Bundeswehroffizier geschrieben und in Kooperation von dem Verein Historisches Blankenese e.V. und der Führungsakademie (FüAk) herausgegeben, so heißt es im Grußwort des Kommandeurs, dessen Name nicht (!) genannt wird (S. 7). Der Verfasser, Wolfgang Schmidt, hat im Rahmen des 60-jährigen Jubiläums der FüAk 2018

diesen Ort erforscht und beschreibt das Ziel der Publikation so: „Ganz im Sinne von „Streifzügen“ versucht diese Schrift mit Hilfe der hier sichtbaren Bauten als Vermittlungsinstanz einen Teil dessen, was sich auf diesem Gelände seit gut 100 Jahren zugetragen hat, etwas aufleben zu lassen. Dabei geht es nicht um eine Geschichte der Führungsakademie insgesamt oder um die Geschichte der Generalsstabsausbildung der Bundeswehr“. (S. 8)

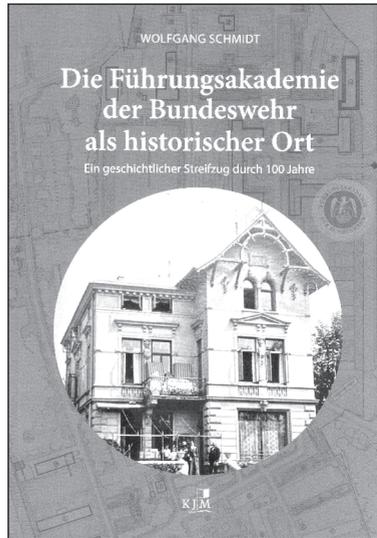
Schmidt setzt dabei in jedem Kapitel andere Schwerpunkte. Die ersten 30 Seiten widmet er dem jüdischen Leben in Hamburg und Blankenese, denn die Eigentümer und Bewohner*innen eines Teils des Geländes, die Familien Plaut und Liebeschütz, gehörten der jüdischen Gemeinde an und lebten das typische Leben einer bildungsbürgerlichen gut situierten Familie in den Elbvororten. Die Biografien werden im Detail dargestellt und auch die beiden noch heute vorhandenen Gebäude – die „Villa Plaut“ und das Haus der Familie Liebeschütz – architektonisch eingeordnet.

Im Nationalsozialismus erfolgten bis 1939 die Entrechtung,

Verfolgung und Emigration der Familienangehörigen. Da auf dem Gelände zeitweilig noch eine kleine jüdische Schulklasse betreut wurde, wird ebenfalls an das Schicksal der 1942 von den Nazis ermordeten Lehrerin Henriette Arndt erinnert, für die 1994 eine Gedenktafel vor Ort eingeweiht wurde (S. 37).

Mit der erzwungenen Auswanderung und dem zwangsweisen Verkauf der Gebäude beginnt das nächste Kapitel der Nutzungsgeschichte: die Errichtung der Kasernenanlage für das Luftgaukommando XI auf dem Gelände in Hamburg-Blankenese ab März 1940. Neben einer leider nicht so gut verständlichen Erklärung dazu, welche Aufgabe die Luftgaukommandos innehatten, wird im Detail auf die Verkaufsmodalitäten der Grundstücke und der daran beteiligten Profiteure eingegangen (S. 44-47). Es folgt eine Beschreibung der zahlreichen Neubauten und ihrer Innenausstattung.

Ziel dieser umfangreichen Ausführungen ist es, den Gebäudekomplex im Vergleich zu den anderen Luftgaukommandos sowie dem Repräsentationsbedürfnis der Militärs im NS-Staat einzuordnen und die noch heute vorhandenen Überreste aus der NS-Zeit darzustellen (S. 48-64). Die Behauptung, dass die Ziegelsteine für den Bau aus dem KZ Neuengamme stammten, kann Schmidt anhand einer Mitteilung der KZ-Gedenkstätte ausräumen (S. 64). Doch unabhängig davon war auch das Luftgaukommando an der



Wolfgang Schmidt, Die Führungsakademie der Bundeswehr als historischer Ort. Ein geschichtlicher Streifzug durch 100 Jahre. Hamburg: KJM Buchverlag 2020. 161 S. (= Edition Gezeiten. Schriften zur norddeutschen Kultur und Geschichte, 5).

Ausbeutung von Kriegsgefangenen beteiligt, denn es war für Aufrechterhaltung der Flieger-Infrastruktur zuständig, etwa auf Langeoog oder in Springhirsch bei Kaltenkirchen (S. 76-77).

Eine zentrale Quelle für die neue Nutzung als Luftgaukommando XI ist ein für die Briten am 13. August 1945 erstellter Bericht des Kommandeurs, General der Flieger Ludwig Wolff (S. 42-43). Die kritische Einordnung dieses nachträglichen Berichtes fällt dabei nicht leicht, da für viele der Behauptungen Wolffs keine weiteren Quellen zur Einordnung vorliegen. Unstrittig ist aber, dass der Kommandeur seine eigene

Rolle vor dem verlorenen Krieg und dem Untergang des NS-Regimes beschrieb und beschönigte (vgl. S. 85).

Mit einer kurzen Darstellung auf das vor Ort ansässige Kriegsgericht und dessen Todesurteilen endet das vierte Kapitel (S. 86-89). Die Nutzung der Anlage durch die britische Besatzungsmacht bis 1958 wird von Schmidt nur kurz beschrieben, und lediglich der Einbau eines Sakralraumes ist ein bleibender Überrest dieser Zeitschicht (S. 98).

Es folgt mit über 50 Seiten die Schilderung des Aufbaus der Führungsakademie der Bundeswehr, wobei sich Schmidt hier sehr ausführlich auf zwei größere Themenfelder konzentriert: erstens die Genese der Entscheidung für Hamburg-Blankenese, denn dies war 1957 / 58 lange Zeit umkämpft, da mit Heidelberg und Bad Ems zwei andere Standorte von Politik und einzelnen Militärs bevorzugt wurden. Die Entscheidung für Hamburg fiel ganz banal aus finanziellen Erwägungen (S. 124), denn die Anlage war im Zweiten Weltkrieg nicht zerstört worden und der Ausbau von Hörsälen für den Lehrbetrieb zur Generalstabs-Offiziersausbildung der Bundeswehr relativ einfach kostengünstig möglich.

Zweitens widmet sich Schmidt der Architektur der neuen Gebäude: Diese Neubauten wurden bewusst modern und als Bruch mit dem NS-Repräsentationsstil geplant und sollten durch Kunst am Bau zudem noch das von der Bundeswehr

propagierte Bild des „Staatsbürgers in Uniform“ sowie das Prinzip der „Inneren Führung“ widerspiegeln (S. 141-148). Dieselbe Idee stand bei der Innenausstattung im Vordergrund: durch Namensgebungen für die Gebäude und Hörsäle, Büsten, Fahnen und Wandgemälde wollte die Bundeswehrführung sich in bestimmte reformerische Traditionen einordnen (u.a. Benennung in Clausewitz-Kaserne) und sich kritisch mit der Geschichte des Militärs im NS-Staat bis hin zum militärischen Widerstand auseinandersetzen (u.a. Ludwig Beck-Hörsaal), so die Darstellung von Schmidt.

Ob der Bundeswehr oder der Führungsakademie dies gelungen ist, kann an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Doch muss kritisch angemerkt werden, dass Schmidt zwar auf das Konzept der Ausbildung an der Führungsakademie eingeht (S. 134-141), aber die zentrale Frage weder stellt noch beantwortet: Wer hat hier in der Zeit nach 1958 mit welchem Hintergrund die Generalstabsoffiziere ausgebildet? Schmidt schreibt zwar schon im Vorwort, dass er dazu keine Ausführungen machen wird, doch zumindest ein kurzer Exkurs mit der Einordnung der ersten Kommandeure der Führungsakademie und ein Mehr an Infos zu den beteiligten Generälen der Teilstreitkräfte sowie des ersten Generalinspektors der Bundeswehr wären sinnvoll gewesen.

Die zumeist fehlende Einordnung der Beteiligten und ihrer

Positionen vor dem Hintergrund ihrer Biografien im NS-Staat und dem NS-Militär ist sehr bedauerlich. Denn die Behauptung, dass die Bundeswehr ihre eigene neue Ausbildungsidee tatsächlich hat umsetzen können, kann nur vor dem Hintergrund der Lebensläufe der Lehrenden verifiziert werden.

Der kleine Band lässt den Rezensenten etwas ratlos zurück, denn er folgt keinem stringenten roten Faden. Während er anfangs diverse biografische Details des Lebens der vertriebenen Familien Plaut/Liebeschütz ausbreitet und auf die Verfolgungsgeschichte der Lehrerin Henriette Arndt eingeht, die vor Ort unterrichtet hat und von den Nazis ermordet wurde, interessiert sich der Autor für die Biografien der Militärs fast gar nicht. Dagegen fallen die Darstellung zur (nationalsozialistischen) Architektur sowie zum Entscheidungsprozess für Hamburg-Blankenese als Standort für das Luftgaukommando und später die Führungsakademie zum Teil viel zu ausführlich aus und hätten an manchen Stellen gut gekürzt werden können, etwa wenn zur Grundsteinlegung der Hörsäle 1958 Schmidt ernsthaft noch etwas zur Speisefolge (!) beim Mittagsempfang im Rathaus schreibt (S. 134).

Das ist eine grundsätzliche Schwäche der Publikation, in der der Autor immer wieder längere Einschübe und „Nebengeschichten“ präsentiert, die den Lesefluss hemmen oder unterbrechen. So

etwa wenn im ersten Kapitel auch die Wohnsituation des Kommandeurs des Luftgaukommandos in einer Villa in Winterhude geschildert wird, weil diese ebenfalls aus dem Zwangsverkauf einer jüdischen Familie stammte, was tatsächlich mit der Nutzungsgeschichte in Hamburg-Blankenese nichts zu tun hat (S. 34-36). Das ist ein Exkurs, der entweder ganz hätte herausfallen oder direkt im Kapitel zum Luftgaukommando hätte integriert werden müssen.

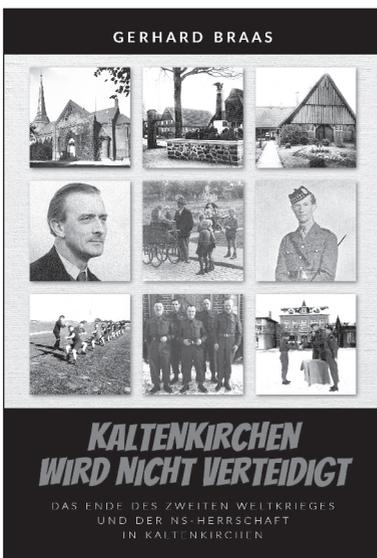
Leider finden sich auch immer wieder in Fußnoten kleinere Schreibfehler (FN 162), Auslassung in den Quellennachweisen (FN 155, FN 163, FN 173 u.v.m.) oder gar wenn Belege einzelner Zitate (S. 38, Kommandeur der FüAk) ganz fehlen. An einigen wenigen Stellen kommt zudem durch, dass Schmidt als Angehöriger der Bundeswehr bestimmte Fachbegriffe voraussetzt. So wird etwa der Begriff „Führergehilfe“ an keiner Stelle erläutert und erschließt sich nur indirekt und auch nicht abschließend durch den Kontext.

Insgesamt ist der Band dort gut lesbar, wo er sich auf seinen im Titel angekündigten Schwerpunkt beschränkt: eine Nutzungsgeschichte des Geländes der heutigen Führungsakademie der Bundeswehr. Die Stärken des Bandes überwiegen seine Schwächen, doch einige der Schwächen hätten sich in einem guten Lektorat noch beheben lassen können.

Frank Omland

Wie in Kaltenkirchen die Zukunft begann

Und am 8. Mai war alles vorbei ... So erlebt man es oft als Leser regionaler Chroniken und Abrisse: Die Darstellung endet mit dem Zusammenbruch des „Dritten Reichs“; der schwierige Übergang zu einer demokratischen Neuordnung bleibt ausgeblendet oder wird nur knapp gerafft ergänzt.



Gerhard Braas, *Kaltenkirchen wird nicht verteidigt*. Das Ende des Zweiten Weltkrieges und der NS-Herrschaft in Kaltenkirchen. Kaltenkirchen / Duderstadt: EPV 2020. 276 S.

Gerhard Braas hat in seinem neuen Buch aus dieser Informationsnot eine Tugend gemacht und fokussiert das Jahr 1945 sehr ausführlich auf Basis vieler zeitgenössischer Quellen. Die kennt der versierter Regionalhistoriker natür-

lich gut; besonders glücklich war für ihn – und die LeserInnen – ist aber der Umstand, dass er zusätzlich auf einzigartige Materialien zurückgreifen konnte: das Tagebuch der jungen Kaltenkirchenerin Rahel Stockmar, Tochter eines örtlichen Fabrikanten, und die in den National Archives in London erhaltenen Berichte der „King's Own Scottish Borderers“, jenes schottischen Bataillons, das in Kaltenkirchen als Besatzungsmacht fungierte und die Aufgabe übernahm, im Chaos Kriegsendes und des notwendigen Systemwechsels für Stabilität zu sorgen und den „Feinden“ den Weg in eine neue, nicht-faschistische Zeit zu ebnet. Wenngleich auch mit dem Hintergrund, ein mögliches Wiederaufflammen nationalsozialistischer Gewalt zu verhindern.

Entstanden ist ein sehr informatives Buch, das die lokalen und regionalen Vorgänge immer auch auf dem Hintergrund der nationalen Ereignisse schildert. Anschaulich berichtet Braas vom Zusammenbruch der NS-Herrschaft und den dramatischen Tagen Anfang Mai 1945. Überraschend ist eine örtlich Initiative für einen demokratischen Neuanfang – es ist vielfach unbekannt, dass hier wie auch andernorts noch nach zwölf Jahren der Diktatur und der ideologischen Gehirnwäsche der Bevölkerung elementar humanistische und demokratische Ansätze und Konzepte existierten,

die den Weg in einen neuen Staat ebnen helfen wollten.

Im Mittelpunkt der Darstellung steht stets das konkrete (Er-)Leben der Bevölkerung mit der Annäherung zwischen Besatzern und den Kaltenkirchenern, galt es doch, gemeinsam eine neue Zukunft möglich zu machen, und in der Region Kaltenkirchen überwog das Bedürfnis nach einem klaren Neuanfang. Es dauerte nicht lange, bis die schottischen Truppen feststellten, dass sie mit der örtlichen Bevölkerung und ihren politischen Vertretern kooperieren konnten – Angriffe, etwa von Volkssturm, Werwölfen oder Wehrmachtsoldaten, waren nicht zu befürchten. Auch kam es zu keinen Sabotageaktionen.

Neben dem Aspekt des Machtwechsels und der kompletten Neuordnung der Politik ging es vornehmlich um die Organisation des Alltags und der Versorgung der Bevölkerung. Während Flüchtlinge in die Region kamen und Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auf ihre Heimkehr warteten, mussten die knappen Rohstoffe klug und gerecht eingesetzt werden.

Was in Braas' Darstellung streckenweise im positiven Sinn anekdotisch wirkt, ist ein geschickter Griff, die damaligen Lebensbedingungen anhand von Alltagsproblemen vorstellbar zu machen. Dabei spannt Braas den Bogen von verwaltungstechnischen Fragen und Problemen der Entwaffnung über Flüchtlinge, Holzdiebstahl und

Papierknappheit bis hin zu den Pin-up-Bildern im ehemaligen britischen Offizierscasino.

Alles das erzählt Braas als routinierter Geschichts- und Geschichtsmacher stilistisch geschickt und historisch präzise. Zwei Dinge jedoch stoßen beim Rezensenten auf: der Umgang mit Zeitzeugen-Interviews und mit den Illustrationen. Im Rahmen der Projektarbeit haben Schülerinnen und Schüler des Kaltenkirchener Gymnasiums Zeitzeugen nach ihren Erinnerungen an die letzten Kriegstage und die erste Friedenszeit befragt. Ein wichtiger Fundus wurde so für das Buch erschlossen und nutzbar gemacht.

Völlig entgegen aller Gepflogenheiten werden die Erinnerungen der ZeitzeugInnen im Band jedoch weitestgehend unredigiert wiedergegeben. Dieses Bemühen um phonetisch exaktes Dokumentieren der Aussagen erschwert leider oft das Lesen, ja mehr noch: Von den überwiegend sehr betagten Interviewpartnern entsteht der Eindruck, als würden sie keinen vollständigen Satz mehr zustande bringen. Die Interviews wortwörtlich und möglichst lautgetreu wiederzugeben, also auch beim Sprechen verschluckte Buchstaben im Druck fortzulassen, dient niemandem. Hier wäre eine Orientierung an anderen auf Oral-History-Material basierten Darstellungen wünschenswert gewesen.

Auch verwundert die durchgehende Anonymisierung der ZeitzeugInnen – die völlig unnötig ist.

Denn leider verlieren die Erinnerungen auf diese Weise an historischem Wert, und als Leser ertappt man sich, die vielfach als separate Textkästen in den Band eingestreuten Rückblicke nach einigen Leseversuchen irgendwann nicht mehr zur Kenntnis zu nehmen.

Ein zweiter Punkt ist die Wiedergabe der Illustrationen und Faksimiles, die oft aus Regionalzeitungen stammen. Leider werden sie immer wieder in einer schrägen Draufsicht abgedruckt, so als fiele der Blick schräg auf ein aufgeschlagenes Zeitungsblatt – die Illustrationen werden zum oberen Rand hin schmaler und eben auch unscharf. Überhaupt ist die oft nicht gegebene Lesbarkeit – auch bei Kartenausschnitten – ein Problem, weil dadurch die Funktion einiger Faksimiles verloren geht.

Generell wäre bei einer ganzen Reihe von Abbildungen der Mut – oder Platz – zur größeren Wiedergabe wünschenswert und etwa bei Karten zwingend notwendig gewesen. Selten werden regionalhistorische Darstellungen so ausgiebig und damit anschaulich bebildert – da ist es schade, wenn aus gestalterischen oder drucktechnischen Gründen einige visuelle Materialien so klein reproduziert werden, dass ihr Inhalt dabei auf der Strecke bleibt.

Wer Braas' übrige Arbeiten zur Kaltenkirchener Zeitgeschichte und

zu den Kriegsgefangenenlagern des Ersten Weltkriegs (vgl. ISHZ 59, S. 6-87) kennt, wird nicht überrascht sein, wie akribisch er auch jetzt wieder bei der Rekonstruktion seines Untersuchungsgegenstands vorgegangen ist. 633 Anmerkungen und Nachweise sowie ein umfangreiches Quellen- und Literaturverzeichnis legen davon Zeugnis ab und öffnen die Quellen so auch für andere Zeithistoriker.

Dank der Arbeiten von Gerhard Hoch und Gerhard Braas ist die Zeitgeschichte Kaltenkirchens landesweit wohl am besten erforscht. Und in bester Tradition der „Geschichtsforschung von unten“ zeigt sich einmal aufs Neue, wie wichtig eine solide, kenntnisreiche und quellenbasierte Arbeit der berühmten „Hobbyhistoriker“ für die Vermittlung der Ergebnisse an die Interessierten ist. Gerhard Braas' Publikationen erfreuen sich jedenfalls regional großer Beliebtheit – zurecht, wenn wie in seinem Fall akribisch genaues Arbeiten und eine zielgruppengerechte Darstellungsweise so gut miteinander harmonieren.

Mit *Kaltenkirchen wird nicht verteidigt* ist Gerhard Braas ein sehr lesenswertes und lesbares Buch gelungen, das für ähnliche Untersuchungen zur unmittelbaren Nachkriegsgeschichte anderer Regionen Maßstäbe setzt und hoffentlich anregend wirkt.

Kay Dohnke

Wegweiser zur Gegenwart der NS-Geschichte

1987 publizierte die Bundeszentrale für politische Bildung den Band *Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation*. 1995 bzw. 1999 erschien eine um die Gedenkstätten der ostdeutschen Bundesländer erweiterte zweibändige, nun fast 1.900 Seiten umfassende aktualisierte Neuauflage. Die Darstellung der Gedenklandschaft in Schleswig-Holstein nahm damals 60 Seiten ein, und die Auswahl Literatur kam eher bescheiden daher.¹

Der erste eigenständige Wegweiser zu den Gedenkstätten in Schleswig-Holstein, der aktuell von der Bürgerstiftung herausgegeben wird, umfasst ebenfalls 60 Seiten, beschränkt sich aber auf Platzgründen thematisch auf 17 „Orte mit Bildungsangeboten“ und „Weitere [32] Erinnerungsorte“, also „Gedenksteine, Denk- und Mahnmale, spezielle Gräberstätten,

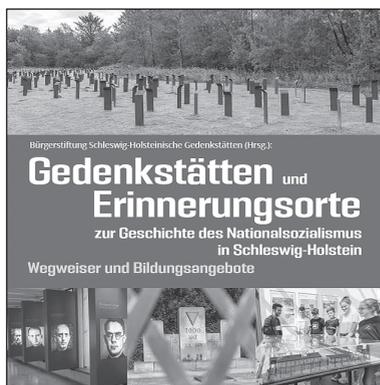
Gedenktafeln und Gedenkorte zu verschiedenen Opfergruppen und lokalen historischen Bezügen. [...] Für beide Teile gilt, dass die Gedenkstätten und Erinnerungsorte fast durchweg an den betreffenden historischen Orten aufgebaut oder platziert wurden. So beispielsweise auch die Gedenkroute für die Todesmärsche von Hamburg nach Kiel (Gedenktafeln) und von Auschwitz nach Holstein (12 Stellen in Lübeck sowie Ostholstein). Friedhöfe werden deshalb in der Regel nicht eigens vorgestellt, so auch Gedenkort der allgemeinen Kriegserinnerung nicht.“ (S. 21f.)

Damit schließt sich für Schleswig-Holstein die letzte norddeutsche Lücke, denn zu Niedersachsen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern gibt es schon deutlich länger entsprechende Publikationen.²

Inhaltlich eröffnet den Band nach den üblichen Geleitworten

1. Ulrike Puvogel / Martin Stankowski / Ursula Graf, *Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation*. Band I. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2. überarbeitete Auflage 1996. 840 S. – Stefanie Endlich / Nora Goldbogen / Beatrix Herlemann / Monika Kahl / Regina Scheer, *Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation*. Band II. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1999. 991 S. Ausgabe auf CD-ROM bzw. als Download: www.bpb.de/shop/multimedia/dvd-cd/33945/gedenkstaetten-fuer-die-opfer-des-nationalsozialismus

2. *Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen. Spurensuche – Erinnerungen wachhalten*. Hg. vom Niedersächsischen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten. Hannover 1994, 52 S. – *Gedenkstätten in Hamburg. Ein Wegweiser zu Stätten der Erinnerung an die Jahre 1933–1945*. Hg. im Auftrag der Hamburgischen Bürgerschaft und des Senats von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg. Redaktion: Detlef Garbe und Jens Michelsen. Textgrundlage: Ursula Richenberger. Hamburg 2003, 92 S. – *Gedenkstättenführer: Bildungsarbeit an historischen Orten zur Geschichte politischer Gewalt im 20. Jahrhundert in Mecklenburg-Vorpommern*. Hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin 2011, 76 S.



Bürgerstiftung Schleswig-Holsteini-
sche Gedenkstätten (Hg.), Gedenk-
stätten und Erinnerungsorte zur
Geschichte des Nationalsozialismus in
Schleswig-Holstein. Wegweiser
und Bildungsangebote. Redaktion:
Dr. Harald Schmid. Rendsburg /
Husum: Husum Druck- und Verlags-
gesellschaft 2020. 59 S.

Download: <https://gedenkstaetten-sh.de/neuerscheinung-gedenkstaetten-wegweiser-schleswig-holstein>

ein Aufsatz von Harald Schmid, der die Klammer für die nachfolgenden Präsentationen der einzelnen Erinnerungsorte darstellt. Schmid reflektiert den Stand der Forschung, beschreibt kurz den Kontext der Entstehung der einzelnen Gedenk- und Erinnerungsorte und bewertet die schon geleistete bzw. die noch zu leistende Arbeit, insbesondere vor dem Hintergrund von aktuellen Fragestellungen und einem gesellschaftlichen und erinnerungskulturellen Wandel: „Generationenwechsel, Ende der Zeitzug-Ära, Professionalisierung, außerschulische Lernorte, Digitalisierung und veränderte Wissens-

und Aneignungsformen, Inklusion und Migration.“ (S. 21)

Und er stellt zu Recht die Frage: „Welche Rolle können Gedenkstätten in dieser Auseinandersetzung spielen, wenn demokratische Grundlagen und menschenrechtliche Standards unter den Druck einer politisch zusehends attraktiven ‚autoritären Versuchung‘ geraten?“ (S. 20)

Diese zehn Seiten Thesen, Bewertungen und Schilderungen von Harald Schmid sind sehr lesenswert und laden zur intensiveren Auseinandersetzung ein. Schon über die Frage, ob man seine Einschätzung teilt, dass für die Erfolge der NSDAP in Schleswig-Holstein der „Frühe Aufstieg“, die Wahlerfolge sowie die Gewalteskalation charakteristische Voraussetzungen waren, lässt sich ausgiebig streiten. Und insbesondere die These „Der Gau wurde 1925 in Neumünster gegründet, in kurzer Zeit galt er unter dem Leiter Hinrich Lohse als ‚Muster-gau‘“ (S. 15) führt beim Rezensenten sofort zur Gegenfrage: Muster für wen, und wo und wie lässt sich das durch Quellen belegen?

Im Anschluss an den Aufsatz von Harald Schmid werden die Gedenkstätten beschrieben. Auf ein ganzseitiges Foto folgen jeweils drei bebilderte Textseiten, die mit der Schilderung der konkreten Bildungsangebote und organisatorischen Informationen abschließen. Auf diese Weise sollen die Lesenden sofort und schnell erfassen können,

ob sich der Besuch für sie bzw. ihre eigene Zielgruppe lohnen könnte.

Es folgt der letzte Abschnitt, über den Harald Schmid kurz und knapp sagt: „Dieser Teil des Wegweisers bietet exemplarische Erinnerungsorte einer tatsächlich viel größeren Zahl solcher Formen der gestalteten Vergegenwärtigung des NS-Unrechts.“ (S. 21-22). Angesichts der dort genannten 32 Erinnerungsorte stellt sich natürlich die Frage nach dem Auswahlkriterium. Allein die 70-seitige Studie von Renate Dopheide zu Kiel aus dem Jahr 1993 (!) weist eine solche Vielzahl von „Ehren- und Mahnmalen, Gedenksteinen, -tafeln oder -büchern, Bildwerken, Skulpturen oder Grabstätten“³ auf, dass sich der neue Wegweiser für Schleswig-Holstein eine fachlich sinnvolle und nachvollziehbare Beschränkung auferlegen musste.

Jeder Ort, häufig Gedenksteine, wird auf knapp einer halben Seite vorgestellt, und viele waren dem Rezensenten so nicht präsent oder gar unbekannt. Nichtsdestotrotz bleibt unklar, welche Kriterien ausschlaggebend für die interessante Auswahl gewesen sind.

Eine kurze Literaturlauswahl schließt einen Wegweiser ab, der auf jeden Fall sein Ziel erfüllt, denn er beschreibt für Interessierte und auch das Fachpublikum eine Viel-

zahl eher unbekannter Orte und ermuntert dazu, sie aufzusuchen. Hinzu kommen die Anstöße für weiterführende Diskussionen, die Harald Schmid durch seinen Eingangstext liefert.

Hier lässt sich konstruktiv über Wertungen, Auswahl und Gewichtungen streiten, etwa über die Frage nach der Bewertung von Stadtrundgängen und -fahrten, eine Form des Gedenkens, Erinnerns und der politischen Bildung, die keine ausdrückliche Erwähnung im Eingangsaufsatz findet.

Ähnliches gilt für die vielen lokalen Aktivitäten um die Verlegung von Stolpersteinen. Diese werden zwar erwähnt, doch angesichts der vielfältigen weiterführenden (Bildungs-)Angebote der Initiativen wäre eine eigenständige Aufnahme in den Wegweiser überlegenswert gewesen.

Schließen möchte ich mit einer Anregung: Der Wegweiser enthält zwar eine kleine Karte mit den Gedenkstätten, doch eine zweite Karte mit den weiteren Erinnerungsorten fehlt. Eine Visualisierung der verschiedenen Gedenkorte und Erinnerungsformen im Sinne einer Topografie der Erinnerungsorte wäre sowohl offline wie online eine hilfreiche Ergänzung zu diesem gelungenen Wegweiser.

Frank Omland

3. Renate Dopheide, Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus in Kiel und Umgebung. In: Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Band 77, Heft 4 (Kiel 1993), S. 141-208.